

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 15.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 15. April 1911.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Seleg.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Osterfreude!

Nun rauschen viel lauter die Bächlein und Bronnen,
Nun reget und rührt sich's im träumenden Hag.
Die Haseln und Weiden voll heimlicher Wonnen,
Voll himmlischer Helle der längende Tag.
Die Knospen umschmeichelt von waldigen Lüften,
Die Strahlen gedrungen zu dämm'rigen Klüften,
In bräutlichem Schmucke bald Hügel und Höhn,
Bald voller im Walde das Jubelgetöse.

Befrei' dich nun, Herze, stimm' ein ins Frohlocken!
Zu Dank dich bewege das Ostergeläut!
Der West küßt geschwinde das Auge dir trocken,
Des kommenden Glückes die Erde sich freut!
Das Hoffen durchzieht wie auf Flügeln die Lande,
Gesprengt sind die Fesseln, gelöst die Bande;
O jauchze, gekommen ist's Ende der Not:
Der Heiland erstanden, bezwungen der Tod!

Emil Hantsch.

Unsere Gegner und ihre Methode.

„Diese Leute sind nicht imstande, eine Auseinandersetzung loyal, ohne persönliche Verunglimpfungen, Verdächtigungen usw. zu führen. Zum Ueberflusse bedienen sie sich einer Sprache, die die Begriffe geradezu auf den Kopf stellt.“
Prof. Gerstner.

Wer mit den Sozialisten vom namentlichen Schläge nur einige Male zu tun gehabt, namentlich ihren von Haß trunkenen Kampf gegen die christliche Arbeiterbewegung beobachtet hat, wird diesem Urteile des bekannnten und geachteten Sozialgelehrten nur beipflichten können. Die ganze Kritik der Sozialdemokraten an den christlichen Gewerkschaften z. B. besteht aus einer endlosen Kette von Beschimpfungen, Verdächtigungen und Verleumdungen. Wohl nirgendwo kann man bei ihnen auch nur dem Versuche begegnen, die christliche Arbeiterbewegung und ihre Organisationen in deren Anschauungen über das Leben, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Dinge kennen und beurteilen zu lernen. Selbst die sozialistische Literatur über die christlichen Gewerkschaften, die Anspruch auf Sachlichkeit und Wissenschaftlichkeit macht, bringt die sozialdemokratische Methode in einer großen Oberflächlichkeit, in willkürlichen Zusammenfassungen allerlei unzusammenhängender Dinge und in einem außerordentlich großen Mangel an wirklicher Sachlichkeit und ehrlichem Willen zum Ausdruck.

Zu dem Standpunkte des Gegners kann sich ein echter marxistischer Jünger, ein mit Haß und Phrasen „erzogener“ Genosse unmöglich aufschwingen. Er ist auf das Dogma des Sozialismus so eingezwungen, daß er nur dieses mit wirklicher Arbeiterinteressenvertretung in Zusammenhang bringen kann. Daß es auch Proletarier gibt, die sich unter Religion, Christentum und monarchischer Gesinnung etwas bestimmtes denken, das sie mit ihren Standesidealen durchaus vereinbaren können, erscheint ihnen nur deshalb möglich, weil diese „bedauerlichen“ Menschenkinder von der Klerisei und eintigen gewissenlosen Strebern aus dem eigenen Stande in der schimpflichsten Weise am Gängelbände in der Irre herumgeführt werden.“ Alles, was außerhalb der sozialistischen Gedankenwelt liegt, ist verkehrt, Schwundel, Verlogenheit, Arbeiterfeindschaft. Darum besteht die ganze Sippe der christlichen Gewerkschaftsführer nur aus einer Menge Gesinnungs-

lumpen, ehloser Subjekte, gekaufter Verräter, halber Idioten. Immer und immer wieder werden die christlichen Gewerkschaftsführer als Menschen von solchem Fleisch und Bein hingestellt. So hieß es in einem unlängst durch die sozialdemokratische Presse gegangenen Korrespondenzartikel, die Aufgabe der christlichen Arbeiterführer bestände lediglich darin, „die Arbeiter im Namen der Kirche dem Unternehmertum auszuliefern“; wenn sie noch ein „wenig Gewissen“ hätten, müßten sie „in jede Arbeiterzusammenkunft mit der zitternden Angst gehen, sie könnten entlarvt werden“. Wenn ein armer Teufel, der Arbeitergroßchen verwaltete, aus Not oder Leichtsinne Gelder unterschlage, so sei das „wahrlich ein harmloses Vergehen“ im Vergleich zu dem „unfühnbaren Frevel von Arbeiterführern, die in vollem Bewußtsein die ihnen vertrauenden Menschen an ihre Feinde verraten“.

Solche Gedanken werden systematisch unter die Masse gebracht, die auf die sozialdemokratische Presse blindlings schwört. Und daß sie in den Köpfen und Herzen dieser bedauernswerten Menschen geradezu verheerende Wirkungen anrichten, haben christliche Gewerkschafter in Versammlungen und auf den Arbeitsplätzen oft genug bis zum tiefsten Abscheu wahrnehmen müssen. Wo ein christlicher Gewerkschaftsbeamter in Versammlungen auftritt, die von Sozialdemokraten besetzt sind, da wird er niedergebüllt, beschimpft oder gar tätlich angegriffen, weil er von vornherein als ein Lump angesehen und behandelt wird. Auf den Arbeitsplätzen ist das Verhältnis der Arbeiter zueinander, die die Sorgen und Lasten der harten Arbeit gemeinsam fühlen müssen, geradezu vergiftet worden. Wo früher die Kollegen zueinander standen, sich gegenseitig die Beschwernisse des Berufslebens zu erleichtern trachteten, da herrscht jetzt Haß, Groll, Befehdung und Erbitterung. Der von seiner Parteipresse fanatisierte Genosse sucht dem christlichen Arbeiter das Zusammenarbeiten zu verweigern und zur Qual zu machen. Statt sich gegenseitig aufzumuntern, macht der eine dem andern das Leben noch schwerer als es wirklich ist, sucht er den andern zu treten und zu drücken, bis er brotlos auf der Straße liegt. So ist das Wort Arbeitersolidarität in dem Munde der Genossen zu einer frechen Lüge geworden, ist ihre praktische Uebung der „Arbeitersolidarität“ Arbeiterschändung und Verdüchtigung.

Dieser unsagbar schmutzige Kampf der Genossen, der die Aktionsfähigkeit der Arbeiterschaft ungemein gehemmt und die sozialdemokratische Arbeiterschaft verrotzt hat, zieht sich durch die ganze Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Es ist dabei interessant, zu verfolgen, wie die Genossen von einer Taktik zur anderen übergehen, oder auch in den einzelnen Landesgegenden je nach Verhältnissen und Stimmungen und Strömungen verschieden operieren; wie sie auf stets wechselnden, aber immer schlüpferigen Wegen demselben Ziele zustreben. Wie sich aber immer wieder diese Wege als Irwege erweisen, insofern, als sie dem gesteckten Ziele um keine handbreite näher führen. Wie im Gegenteil sich Arbeitsfreude, Mut und Anhänglichkeit in der christlich organisierten Arbeiterschaft in dem Maße mehr zeigen, als der sozialdemokratische Kampf hitziger und schmutziger wird; wie sich die christlichen Gewerkschaften durch allen Schlam und Dreck mit zunehmender Energie und wachsender Größe hindurchringen.

Mögen unsere sozialdemokratischen Gegner ihre Taktik den Zeitverhältnissen entsprechend geändert haben, in einem sind sie sich immer gleich geblieben: in der Unehrllichkeit der Methode, in der Schlechtigkeit der Mittel, in der Roheit der Kampfessformen. In ganz besonderem Maße bildeten stets die christlichen Gewerkschaftsführer die Zielscheibe ihrer unsagbar rohen Beschimpfungen und Hetsereien. Mit welchem Erfolge? Daß sich die

christliche Arbeiterschaft fester um ihre Führer scharte, mit stets zunehmendem Vertrauen ihre beruflichen Interessen in deren Hände legte. Während im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager eine stets zunehmende Entfremdung, eine immer größer werdende Spannung zwischen Mitgliedern und Beamten zu konstatieren ist, die oft genug zu offenem Bruch und Spektakel führte. Die jüngsten Vorgänge in ihren Reihen reden mehr als Worte tun können. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten spüren heute die Folgen ihrer eigenen Methode am eigenen Leibe. Während sie das Vertrauen der christlichen Arbeiter zu ihren Führern zu untergraben suchten, untergruben sie das Vertrauen der unter ihrem Einflusse stehenden Arbeiter zu den Gewerkschaftsführern überhaupt. Auf dem Essener Parteitage (1907) gab Hebel seinen Leuten den Rat, die christlichen Arbeiter nicht schlechtweg als Schurken, Arbeiterverräter und Dummköpfe zu verschleißen. Man müsse im gewerkschaftlichen Tageskampfe mehr das Einigende als das Trennende betonen. Ihm stimmten einige Genossen zu, die wohl mit Hebel einen Abscheu vor der Kampfweise ihrer eigenen Leute bekommen hatten. Aber zu dieser ehrlichen Auffassung, die ganz gewiß im Interesse der Arbeiter gelegen hätte, konnten sich die auf wilde Hebe abgerichteten Genossen nicht aufschwingen. Sie deuteten Hebels Worte um in dem Sinne des Möllerschen Rezeptes: Tretet die Führer vor den Bauch und streichelt die Mitglieder.

Heute ergießt sich erneut eine wahre Schlammschlut von Gemeinheiten und Beschimpfungen über die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer. Immer, wenn von den christlichen Berufsorganisationen die Punkte, die sie von der sozialdemokratischen Bewegung trennen, besonders scharf betont wurden oder wenn sie sich im Interesse der Arbeiter nicht willens zeigten, Dummheiten oder wahltaktische Manöver der Genossen mitzumachen, erhob sich das ganze Heer der sozialdemokratischen Hyzer und fiel wie eine wildgewordene Meute über unsere Bewegung her. Das „Zentralblatt“ erinnerte kürzlich an die Dinge anlässlich des Kölner Holzarbeiterstreiks und des rheinisch-westfälischen Bierhoykotts.

Nach dem Kölner Holzarbeiterkampfe erklärte der sozialdemokratische Hauptvorstandsvertreter Becker der Kölner Arbeitgeberkommission: „mit dem Kampfe in Köln habe die örtliche Verbandsleitung eine Dummheit gemacht, mit der die Verbandsleitung in Stuttgart nicht einverstanden gewesen sei“. Und auf dem Verbandstage der Brauer (1906) wurde eingestanden, daß bei dem rheinisch-westfälischen Bierhoykott „ganz gewaltige Fehler“ gemacht worden seien, und „Der Kurier“, das Organ des sozialdemokratischen Handels- und Transportarbeiterverbandes, attestierte nachträglich seinem sozialdemokratischen Bruderverband: „So tölpelhaft wie die Brauer seinerzeit in Rheinland und Westfalen, ist auch noch keine Arbeiterorganisation bei Lohnbewegungen hereingefallen.“ (Nummer vom 25. Februar 1906.) Weil die christlichen Gewerkschaften diese „Dummheiten“ und „ganz gewaltigen Fehler“ nicht mitmachten, betrieben sie ein „frevelhaftes Spiel“, „insamen Verrat“, „Halunkenerei“ zc.

Ähnlich ist es ja jetzt wieder, wo die christlichen Bergarbeiter es ganz entschieden ablehnten, Bewegungen mitzumachen, die vom sozialdemokratischen Bergarbeiterverbande aus wahltaktischen Gründen unternommen wurden und deren totale Ausichtslosigkeit und schädliche Folgen von vornherein sicher standen. Zugleich benutzten die christlichen Gewerkschaften die Gelegenheit, um der Öffentlichkeit gegenüber einmal wieder klar und deutlich die Grenzlinie zwischen sich und den Sozialdemokraten zu ziehen. Neue programmatische Erklärungen, die etwa eine Aenderung ihrer seitherigen grundsätzlichen Stellungnahme bedeuten könnten, haben sie nicht gegeben. Daß sie zu Staat, Gesellschaft und Unternehmertum anders

Jan 21/11

stehen wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften, ist schon bekannt — oder könnte es wenigstens sein — als christliche Gewerkschaften bestehen. Denn wozu sind die christlichen Gewerkschaften sonst gegründet worden, als um die Arbeiter von der Utopie der Sozialdemokratie zu befreien und sie auf den Boden dessen zu stellen, was ist, d. h. mit gegebenen Faktoren zu rechnen? Darum sollen die christlichen Gewerkschaften wieder mal den „Marx ins gelbe Lager“ vollziehen, ein Schlagwort, von dem das „Zentralblatt“ so treffend sagt, daß es vor Alter sterben könnte.

Die sozialdemokratische Presse hat aber auch schon mal anders geschrieben. Als es darauf ankam, die christlichen Gewerkschaften bei kirchlichen und weltlichen Behörden und in gewissen bürgerlichen Kreisen zu verächtlichen, um sie ihres Einflusses zu berauben, hatten einige Schlauberger von Genossen die Entdeckung gemacht, daß man sich über die christlichen Gewerkschaften ganz unruhig aufgeregt habe. Denn sie seien wie die „freien“ Gewerkschaften Klassenkampf-Organisationen, betrieben wie jene Klassenkampfpraxis. Darum müßten sie doch schließlich im sozialdemokratischen Lager zurecht kommen. Sie könnten doch nur der Sozialdemokratie den Boden vorbereiten; ihre Entwicklung könne gar nicht anders als in den Bahnen der von Marx entdeckten Entwicklungslehre vor sich gehen. Die politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie müsse sich allen Ernstes vorbereiten, die christlichen Gewerkschaften ganz und gar in sich aufzunehmen. Die christliche Gewerkschaftspresse wurde eifrig nach Zitaten durchstöbert, die diese Behauptungen belegen sollten und dann angeführten den katholischen Bischöfen zugesandt. Sue hatte sogar in unserer „Textilarbeiterzeitung“ gefunden, daß sie Gedanken bringe, die Marx ähnlich ausgedrückt haben würde. Also einmal Klassenkämpfer, ein andermal „Gelbe“, gerade wies trifft.

Ganz besonders werden die christlichen Gewerkschaften, um sie zu isolieren und bei der evangelischen Arbeiterschaft in Mißkredit zu bringen, als „kirchlich verflucht“, „verkoppt“, als „Gebilde von Roms Gnaden“ hingestellt. Es gab auch eine Zeit, da schrieb die rote Presse das gerade Gegenteil. Die „Revolutionierung der gewerkschaftlichen Gedankengänge“ wäre „überaus schnell“ gekommen, schrieb Sue in dem „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission (Nr. 37 Jahrg. 1908). Die „Gewerkschaften“ seien heute zweifellos „keine Christen mehr im streng kirchlichen Sinne“. Sie wären sogar „kirchenfeindlich“. Das wird wurde namentlich nach der bekannten Züricher internationalen Konferenz lebhaft gesungen. Einmal sind die christlichen Gewerkschaften „kirchenfeindlich“, ein andermal „orthodox katholisch“. Wie es die Situation erfordert.

Wenn unsere sozialdemokratischen Gegner heute mit verstärkter Wut auf die christlichen Gewerkschaften anstürmen, so ist das der beste Beweis dafür, daß diese sich auf dem rechten Wege und in recht gesunder Vorwärtsentwicklung befinden. Der Tatsache entspringt ja auch in erster Linie die ganze rote Hege. Die christlichen Gewerkschaften nehmen zahlenmäßig bedeutend zu, ihr Einfluß im bürgerlichen Leben, bei kirchlichen und weltlichen Behörden steigt fortwährend. Die sozialdemokratische Partei wird immer mehr erkannt, als das, was sie ist: eine innerlich zerplünderte, praktisch für die Arbeiter schädliche Bewegung, die durch ihr Festhalten an überlebten, unwahr erwiesene Theorien zu wirklicher Gegenwartsarbeit unfähig ist. Es wird ihr nicht gelingen, einen Keil in die christlichen Gewerkschaften hineinzutreiben oder deren Aufstieg zu unterbinden. Katholische und evangelische Arbeiter halten in ihren Berufsorganisationen tren zusammen, unbekümmert aller Hezereien von Sozialdemokraten oder Bürgerlichen. Heute hat die deutsche Arbeiterschaft ihren gefährlichsten Feind in erster Linie in der Sozialdemokratie, ihrer gefährlichsten insofern, als diese durch ihren Nationalismus, Terrorismus und Revolutionismus die Arbeiterinteressen aufs Spiel setzt, den Schatzkammern Feinde in die Hände spielt. Mit der Sozialdemokratie wächst die Reaktion, ohne Sozialdemokratie mehr Sozialreform, mehr gewerkschaftliche Rechte, mehr politische Freiheiten. Darum rückt die vernünftig denkende Arbeiterschaft immer weiter von der Sozialdemokratie ab.

Aus der englischen Textilarbeiterbewegung.

In der „Cotton Factory Times“ wirft der Rechtsanwalt Samuelson interessante Fragen des Entlohnungs- und Einigungswezens auf. Die Zeitung, das Organ der nordenglischen Textilarbeiter, sagt vom Verfasser, daß er bereits seit dem Jahre 1879 auf dem Gebiete des Schieds- und Einigungswezens an erster Stelle und mit vielem Erfolge tätig gewesen sei. Er kann somit in jeder Beziehung als Fachmann für die hier aufgerollten Fragen gelten. Immerhin will dieses Arbeiterblatt den Standpunkt des Verfassers nicht ohne Einschränkung als den feinsten angesehen wissen. Die von Samuelson aufgeworfenen Fragen geben ein Bild von den Verhältnissen in der englischen Textilarbeiterbewegung, das auch für unsere Leser nicht ohne Interesse ist.

Zunächst schneidet der Verfasser die Frage an, ob die sogen. gleitende Lohnskala in der Textilindustrie Anwendung finden könne. Wir erinnern daran, daß dieses Entlohnungssystem die Eigentümlichkeit hat, mit dem Preise, den die fertige Ware im Vergleich zu den Herstellungskosten erzielt, auf und ab zu gehen. In einigen Industrien Englands, namentlich im Bergbau, ist diese Lohnmethode mit vielem Erfolg angewandt worden. In der Textilindustrie hat man sich zu drei verschiedenen Malen ebenfalls mit der Frage der Einführung der Methode beschäftigt. Es hat sich aber immer herausgestellt, daß es nicht möglich war, die wesentlichste Voraussetzung für die Anwendung der gleitenden Lohnskala zu schaffen, nämlich den sogen. Standardlohn, d. h. diejenige Lohngrundlage, die zu dem betreffenden Zeitpunkt dem Herstellungs- bezw. Verkaufspreis entspricht und die als festliegender Ausgangspunkt für Lohnveränderungen in Uebereinstimmung mit den veränderten Preisverhältnissen zu gelten haben würde. In 1899—1900 fand eine ganze Reihe von Versammlungen zur Festsetzung eines solchen Standardlohnes zwischen Arbeitgebern und Arbeitern statt. Keine einzige davon hat zu einem Resultat geführt. Einige Jahre später gelang die Festsetzung einem Unparteiischen; nunmehr aber weigerten sich die Arbeitgeber, sie anzuerkennen. Später allerdings wurde der betr. Lohnsatz einem Tarifabkommen zwischen den beiden Parteien zugrunde gelegt. Als Standardlohn will man ihn aber nicht angesehen wissen.

Schon aus diesen Schwierigkeiten heraus hält unser Verfasser die Einführung der Lohnskala für unmöglich. Er führt aber außerdem einen andern sehr plausible Grund dafür an. Und das sind die eigenartigen Bedingungen, denen die Preisfestsetzung auf dem Baumwollmarkte unterliegt. In der Eisenindustrie sei es nicht schwer, den Preis des Rohmaterials der gleitenden Lohnskala zugrunde zu legen. Bei der Rohware in der Textilindustrie ist aber an einen einigermaßen feststehenden Preis überhaupt nicht zu denken. Dieses Rohmaterial unterliegt eben in viel zu hohem Maße der Spekulation, an der eine ganze Reihe von Faktoren beteiligt ist. Samuelson bemerkt, daß es irrig sein würde, die Spekulation als Manöver einer einzigen oder einiger weniger Personen anzusehen. Daran seien vielmehr die verschiedensten Instanzen (Pflanzer, Börsenmännchen, Händler, Fabrikanten usw.) beteiligt.

Dieses letztere Moment, die Spekulation, ist nach dem Verfasser von einer Art, daß es die Einführung einer gleitenden Lohnskala für immer ausschließen muß. Wir möchten dazu noch bemerken, daß in weiten englischen Arbeiterkreisen dieses System heute überhaupt nicht mehr für ansehnlich angesehen wird. Es reagiert nämlich zwar prompt auf alle Veränderungen in den Preisverhältnissen, dagegen nimmt es auf die Veränderungen in dem Wert des von den Arbeitern verdienten Lohnes keine Rücksicht. Man kann sich sehr wohl den Fall vorstellen, daß der Arbeiter einen dem etwaigen hohen Preisstande der Ware entsprechenden hohen Lohn verdient, daß aber die ganzen Lebensverhältnisse des Arbeiters diesen hoch scheinenden Lohn sehr wesentlich verkümmern. In allen solchen Fällen müßte eine Veränderung des Standardlohnes herbeigeführt werden. Das ist aber eine äußerst schwierige und undankbare Sache, die vornehmlich auch an die gute Einsicht der Arbeitgeber so hohe Anforderungen stellt, daß man selbst in England noch lange nicht immer auf eine Durchführung rechnen kann. Aus diesen Gründen geht es mit der früheren Beliebtheit des Systems der gleitenden Lohnskala erheblich abwärts.

Die zweite Frage, die Samuelson aufwirft, geht dahin, ob innerhalb des Spinnereigewerbes alle Maßnahmen getroffen seien, um den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Möglichkeit zu sichern. Diese Frage beantwortet er mit einem runden Nein. Hier seine Begründung: Innerhalb des Gewerbes herrscht das sogen. Brookland's Agreement, das zwar dem Namen nach sehr bekannt ist, in seiner Bedeutung und Tragweite aber jedenfalls nicht so sehr. Es gibt auch in England noch in den betreffenden Gewerben selbst zweifellos Tausende, die sich darin nicht auskennen. Die Bedeutung des Brookland's Agreement ist in kurzen

Worten gesagt die folgende: Die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter, die das Agreement, d. h. das Uebereinkommen getroffen haben, gingen von dem Standpunkte aus, daß Streitigkeiten und Differenzen unter den beiden Parteien dem Gewerbe und ihren eigenen Interessen schädlich seien. Darum stellten sie zunächst eine äußerste Grenze auf für die Lohnsteigerungen und Ermäßigungen. Außerdem aber kamen sie überein, über alle Differenzen, Meinungsverschiedenheiten, Streitigkeiten, Klagen oder Beschwerden, die sich aus der Verbindung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ergeben würden, nach einem bestimmten Reglement zu diskutieren, und es wurden sowohl lokale wie zentrale Komitees geschaffen, um die Diskussion zu führen. Sollten diese aber, so heißt es weiter, nicht zu einer gütlichen Vereinbarung kommen, dann soll es jeder Seite für sich frei stehen, das zu unternehmen, was sie für geeignet hält. Das ist jedenfalls ein sehr dehnbares und unbestimmtes Uebereinkommen. Die Tatsachen haben denn auch erwiesen, daß es in den meisten Fällen, wo die Parteien sich nicht einigen konnten, zu Streiks und Aussperrungen gekommen ist. Immerhin bedeutete das Uebereinkommen zur Zeit seines Abschlusses eine weitgehende Verbesserung in den Beziehungen zwischen den beiden Parteien gegenüber den Zuständen, wie sie bis dahin geherrscht hatten. Sonderbarerweise aber hat man es unterlassen, dem Brookland's Agreement jene Klausel anzufügen, die wohl in allen sonstigen Vereinbarungen im Lande vorgeesehen ist und dahin geht, daß zur Vermeidung von Streiks und Aussperrungen eine Schieds- bezw. Einigungsinstanz eingesetzt wird. Es liege aber im Interesse der Arbeiter, meint der Verfasser, daß in dieser Beziehung eine Aenderung getroffen werde. Er begründet dies mit der unterschiedlichen Stellung, in welcher sich der Arbeitgeber im Vergleich zu dem Arbeiter einer gewerblichen Streitigkeit gegenüber sieht. Die Arbeitgeber des Gewerbes, so sagt er, stellen ein festgeschlossenes Ganzes dar, das geleitet und aufs sorgfältigste kontrolliert wird durch einen oder zwei erfahrene Kaufleute, die sich selbst an ausgedehnten kaufmännischen Unternehmungen beteiligen. Dieser Arbeitgeberverband bedarf keiner großen Reservefonds. Wenn ein Streik oder eine Aussperrung ausbricht, so kann jedes Mitglied in die eigene Tasche greifen und seinen Anteil an den Unkosten so lange bezahlen, wie der Streik andauert, und auf keinen Fall braucht er sich wegen seines Unterhaltenes Sorge zu machen, noch selbst von seinem gewohnten Luxus merklich einzubüßen. Viel ernster aber liegt die Sache auf Seiten der Arbeiter. Diese müssen unausgesetzt zu dem Kampffonds beisteuern. Kurz: der Verfasser zählt alle die Nachteile auf, die sich bekanntermaßen aus einem länger dauernden Arbeitskämpfe für die Arbeiter auch beim Vorhandensein von Streikfonds ergeben. Daraus schließt er dann auf die Notwendigkeit, solche Kämpfe nach Möglichkeit zu verhindern, was um so eher möglich sein werde, als ja das Brookland's Agreement bereits die Grundlage geschaffen habe, auf der sich mit Erfolg eine friedliche Auseinandersetzung herbeiführen lasse.

Von Interesse ist namentlich des Verfassers Ablehnung eines etwaigen Hinweises auf die regierungsseitige Vermittlung, wie sie in jüngster Zeit auch in England bei einer Anzahl großer Arbeitskämpfe in Erscheinung getreten ist. Von Interesse sagen wir, weil ja auch bei uns diese Frage im Vordergrund der Diskussion steht und sich zu einer Reihe von Vorschlägen verdichtet hat, die auf die Einrichtung eines Reichs-Einigungsamtes oder einer ähnlichen Institution hinauslaufen. Von dieser regierungsseitigen Vermittlung nun sagt der Verfasser, daß auf ein dauerndes gutes Ergebnis derselben nur in solchen Fällen gerechnet werden könne, wo es sich um eine in Frage stehende Entscheidung über Lohnfragen oder Fragen der Arbeitszeit handelt. Darüber hinaus verspricht er sich für das Gewerbe und die gesamte Wirtschaft von amtlichen Eingriffen nur wenig. Jedenfalls würden sie, so meint er, nicht dazu ausreichen, diejenigen Beziehungen zwischen den beiden am Arbeitsvertrage beteiligten Parteien zu schaffen, die man in Wahrheit als friedliche bezeichnen könnte. Darum schlägt er die Heranziehung solcher Schiedsrichter vor, die aus dem Gewerbe selbst hervorgegangen seien und sich für den Fall der Nichtübereinstimmung einem Unparteiischen zu unterwerfen hätten. Es handelt sich hier zweifellos um Fragen, die auch bei uns in absehbarer Zeit zur Besprechung stehen werden. Wenn man auch der Ansicht sein kann, daß die Anwesenheit einer amtlichen Instanz zum Eingriff in schwerwiegende Arbeitsstreitigkeiten zu wünschen wäre, so ist damit doch noch nicht gesagt, daß nun in die Hand einer solchen Instanz auch das Einigungs- und Schiedswezen ohne weiteres zu legen wäre. Im allgemeinen darf von der Entwicklung erwartet werden, daß sich das Bedürfnis zur Hintanhaltung von Streitigkeiten zwischen den Beteiligten in stets stärkerem Maße geltend macht und dann von selbst auch zur Einrichtung solcher aus dem Gewerbe selbst hervorgehender Instanzen führen wird. Man vergesse bei der Diskussion dieser Fragen niemals die Wahrheit, die der bekannte Abg. Professor v. Hertling irgendwo in die Worte faßte, daß man den Staat auf jenen Gebieten, für welche man ihn einmal in Anspruch genommen habe, überhaupt nicht wieder los würde!

In unsers Lebens oft getriebnen Tagen
 Gab uns ein Gott Erloß für alle Klagen,
 Das unsrer Sünd sich himmelwärts gewöhne,
 Den Sonnenchein, die Jugend und das Schöne.
 Goethe.

Unfälle bei Leistung von häuslichen und anderen Diensten.

(Aus der Halbmonatsschrift „Der Versicherungsbote“.)

Unfallrente wird im allgemeinen nur dann gewährt, wenn der Arbeiter den Unfall bei einer versicherten Betriebsstätigkeit erleidet. Davon bildet § 3 GUVG. eine Ausnahme. Hier wird bestimmt, daß sich die Versicherung auf häusliche und andere Dienste erstreckt, zu denen versicherte Personen neben der Beschäftigung im Betriebe von ihren Arbeitgebern oder von deren Beauftragten herangezogen werden. In den unten stehenden Ausführungen soll erläutert werden, wie diese Bestimmung auszulegen und in der Praxis zu handhaben ist.

Nach dem Wortlaut des Gesetzes kann es nicht zweifelhaft sein, daß sich die Ausnahmebestimmung des § 3 GUVG. nur auf versicherte Arbeiter und Betriebsbeamte, nicht auch auf versicherte Unternehmer bezieht. Das Reichsversicherungsamt hat aber weiter bestimmt, daß sie nur auf zwangsversicherte Personen Anwendung findet; nicht auch auf freiwillig versicherte. § 3 GUVG. will den Kreis der versicherten Personen nicht ausdehnen, er hat also z. B. nicht die Wirkung, daß alle im Handelsgewerbe beschäftigten Personen nicht nur dann, wenn ihre Haupttätigkeit an sich versichert ist, sondern auch dann, wenn sie nur nebenher versicherungspflichtige Arbeiten verrichten, mit ihrer gesamten Diensttätigkeit versichert sind. § 3 will vielmehr den zwangsversicherten Personen die Wohltaten der Unfallversicherung auch dann zukommen lassen, wenn sie außerhalb des versicherten Betriebes zu häuslichen und anderen Dienstleistungen für ihren Arbeitgeber mitverwendet werden. Diese Dienstleistungen bleiben an sich dem versicherten Betriebe fremd und können niemals die Grundlage der Versicherung bilden. Das würde aber der Fall sein, wenn Personen, die in der Hauptsache solche Dienste zu verrichten haben und nur nebenher in dem versicherten Betriebe beschäftigt werden, mit ihrer Gesamttätigkeit als versichert angesehen würden.

„Andere Dienste“, zu denen die Versicherten herangezogen werden, sind solche, die der Unfallversicherungspflicht nicht unterliegen. Besteht für die Dienste, zu denen der Versicherte nebenher herangezogen wird, gleichfalls die Versicherungspflicht, so findet § 3 GUVG. keine Anwendung, vielmehr hat die Berufsgenossenschaft einzutreten, der die versicherte Tätigkeit angehört.

§ 3 GUVG. kann ferner nur dann angewendet werden, wenn der Arbeitgeber die besonderen Dienste auf Grund des Arbeits- oder Dienstvertrags verlangt, nicht, wenn wegen der nebenher geleisteten Diensttätigkeit besondere Abmachungen getroffen sind. Hiernach ist ein Fabrikarbeiter, der von der Generalversammlung der Betriebskrankenkasse seines Arbeitgebers zum Krankenkontrollleur gewählt ist, nicht gegen Unfälle versichert, die er beim Besuch kranker Klassenmitglieder erleidet. Ebenso lag die Sache in folgendem Falle: Ein Arbeiter war in seiner Haupttätigkeit gegen Unfall versichert. Außerdem hatte ihm sein Arbeitgeber die Stelle eines Amtsboten übertragen, aber nicht in seiner Stellung als Arbeitgeber, sondern in seiner Stellung als Amtsvorsteher. Hier wurde angenommen, daß der Arbeiter bei seiner Tätigkeit als Amtsbote nicht gegen Unfall versichert sei. Im übrigen ist es gleichgültig, aus welchem Grunde der Arbeiter zur Leistung der anderen Dienste herangezogen wird. Die Versicherung besteht auch dann, wenn diese anderen Dienste solche sind, die der Unternehmer auf Grund öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen leisten muß, z. B. Feuerlöschhilfe oder Vorführen von Pferden zur militärischen Vormustering.

Daß der Arbeitgeber selbst den Versicherten zu den anderen Diensten heranzieht, ist nicht erforderlich; es genügt vielmehr, wenn die Anordnung von einem Beauftragten getroffen wird. Daß der Arbeitgeber jedesmal dem Beauftragten einen besonderen Auftrag zu einer solchen Anordnung erteilt, ist nicht erforderlich. Als Beauftragte gelten also z. B. Beamte der staatlichen und privaten Eisenbahnbetriebe. Ebenso ist ein Unfall bei Verrichtung eines häuslichen Dienstes für entschädigungspflichtig erklärt worden in einem Falle, in dem die Anordnung zur Leistung des Dienstes von einem Familienangehörigen des Arbeitgebers erteilt war, das der Versicherte nach Lage der Verhältnisse als zur Erteilung der Anordnung berechtigt ansehen mußte.

Interessant ist folgender Fall: Ein jugendlicher Flascheneinträger in einer Glasfabrik wollte im Auftrage eines Glasmachers während der Nachtschicht Flaschenbier holen, obgleich das Herbeiholen von Getränken während der Arbeitszeit in dem fraglichen Betriebe verboten war. Beim Ueberklettern des Fabrikzaunes erlitt er einen Unfall. Hier hat das Reichsversicherungsamt den Entschädigungsanspruch des Verletzten mit folgender Begründung verneint: Zunächst kann der 21 Jahre alte Glasmacher, für welchen der Verletzte Flaschenbier holen sollte, nicht als Beauftragter des Betriebsunternehmers angesehen werden. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, bestand keine Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft. Zwar würde die Auslegung des § 3 GUVG., daß die häuslichen und anderen Dienste nur solche sein dürften, welche dem Interesse des Arbeitgebers dienen, nicht aber solche, welche im privaten Interesse des Beauftragten des Arbeitgebers liegen, zu eng sein und zu größeren Härten für die Versicherten führen. Denn in vielen Fällen wird der Arbeiter, der von einem Beauftragten des Arbeitgebers zu einem privaten Dienste herangezogen wird, nur schwer erweisen können, wer an diesem Dienste das wesentliche Interesse hat. Aber auch, wenn er hierüber noch vor Aufnahme des Dienstes Klarheit gewonnen hat, wird er sich oft wegen des Abhängigkeitsverhältnisses, in welchem er zu den Beauftragten des

Arbeitgebers steht, der ihm angenehmen Tätigkeit nur auf die Gefahr hin entziehen können, daß er die Gunst seines Vorgesetzten verliert oder sich sonst seine Stellung innerhalb des Betriebes verschlechtert, und wird den Dienst auch dann leisten, wenn nach seiner Ansicht dieser wesentlich oder ausschließlich im Interesse des Beauftragten liegt. Voraussetzung für diese weitere Auslegung des § 3 muß jedoch immer sein, daß der Dienst, zu welchem der Versicherte von dem Beauftragten des Arbeitgebers herangezogen wird, nicht einem bestimmten, auch für den Versicherten gültigen Verbot widerspricht. Im vorliegenden Falle hat der Verletzte selbst wiederholt angegeben, der Fabrikpfortner habe ihn, als er das Bier holen wollte, nicht durch das Fabriktor hinausgelassen. Das Verbot bezügliche des Holens von Getränken mußte ihm also — wenn nicht schon aus früherem Anlaß — doch am Unfalltag vor dem Ueberklettern bekannt geworden sein. Es bestand daher kein Anspruch auf Entschädigung.

Unerheblich ist ferner, ob es sich um einen einzelnen Auftrag handelt oder um fortlaufende Dienstleistungen, zu denen der Auftrag ein für allemal erteilt war. So war ein Ziegeleiarbeiter von seinem Arbeitgeber beauftragt worden, die Ziegelei sowie das dazu gehörige Grundstück nebst dem darauf befindlichen Inventar sorgfältig zu beaufsichtigen und insbesondere auch für die von dem Arbeitgeber gehaltenen Tauben zu sorgen. Beim Schießen auf einen Warden, der seiner Ansicht nach den Tauben aufstellte, erlitt er einen Betriebsunfall. Hier entschied das Reichsversicherungsamt in folgender Weise: Man kann nicht einen Unterschied machen zwischen einem einzelnen Auftrag des Arbeitgebers zu einer besonderen Dienstleistung und einer ganzen Gruppe im einzelnen nicht vorgeschriebener Dienstleistungen, zu denen der Auftrag ganz allgemein erteilt ist. Denn § 3 GUVG. umfaßt seinem klaren Wortlaut nach die eine wie die andere Art von Aufträgen. Es fragt sich daher lediglich, ob die unfallbringende Tätigkeit noch in den Rahmen des allgemein erteilten Auftrages gehört, oder ob sie aus diesem Rahmen herausfällt. Das Reichsversicherungsamt hat das erstere angenommen. Dabei hat das Gericht in dem Umstand, daß der Arbeiter zur Abwehr des Raubzeuges sich eines Gewehres bedient hat, durchaus nichts Ungewöhnliches, sondern das gerade in solchen Fällen übliche, wenn auch möglicherweise im einzelnen Falle polizeilich verbotene Mittel für diesen Zweck erblickt. Der Umstand, daß der Arbeiter durch die an sich angemessene Benutzung des Gewehres im Interesse der Ausführung des ihm obliegenden Auftrages einen Verstoß gegen eine Polizeiverordnung begangen hat, beraubt ihn nicht der Wohltaten der Unfallversicherung.

Nachschrift der Redaktion: Wir haben schon wiederholt empfehlend auf die von Regierungsrat Düttmann herausgegebene Zeitschrift „Der Versicherungsbote“ hingewiesen. Es sei hiermit nochmals gesehen. Allen in der Arbeiterversicherung tätigen Kollegen wird sie sehr große Dienste tun können.

Sozialdemokratie und Genossenschaften.

Die „patentierten Arbeitervertreter“ sozialdemokratischer Kreise haben von jeher die christlichen Gewerkschaften bekämpft mit der Behauptung, in ihnen sei eine Zerspaltung der Arbeiterbewegung zu erblicken. Man tut dann so, als wenn die Gewerkschaften allmählich das Schöpflind der Partei gewesen seien, was aber bekanntlich nicht der Fall gewesen ist — denn die Führer der Partei haben die Gewerkschaftsbewegung stets mit einem nassen und einem trocknen Auge betrachtet, ja es hat eine Zeit gegeben, wo man die Gewerkschaftsbewegung bekämpft hat. Bebel sprach noch auf dem Kölner Parteitag von der wachsenden Bedeutungslosigkeit der Gewerkschaftsbewegung.

In weit stärkerem Maße hat man jedoch die Genossenschaftsbewegung ignoriert, ja sogar scharf bekämpft. Ein alter Genossenschaftler, von Elm, beklagt sich darüber in einer Broschüre: „Die Genossenschaftsbewegung“. Es heißt dort: „Von den Konsumvereinen waren weder Marx noch Lassalle Freunde. Lassalle war der Ansicht, daß die Konsumvereine irgend eine Bedeutung nicht hätten. Wenn wirklich eine größere Masse von Leuten organisiert wären, so würde der Vorteil, der auf der einen Seite dabei herauskäme, ihnen in anderer Weise wieder verloren gehen, durch Lohnreduktionen von Seiten der Kapitalisten usw.“

Trotzdem diese befürchteten Nebenerscheinungen nicht eintreten, verhielt sich die Partei indifferent. Wo sich die Arbeiter der Konsumvereine annahmen, geschah es auf eigene Faust. Eine Reihe von Jahren hat die Partei den Konsumvereinen überhaupt keine Bedeutung beigelegt. Obwohl die Genossenschaftsfrage auf dem Berliner Parteitage (1892) auf der Tagesordnung stand, war nur von Produktivgenossenschaften die Rede, nicht von Konsumvereinen. Und jene kamen dabei noch sehr schlecht weg. Nach der damals an vielen Orten in Parteikreisen herrschenden Ansicht hatte die ganze Genossenschaftsbewegung gar keinen Zweck und Wert; je eher sie wieder verschwinde, desto besser sei es, meinte man damals. Der Referent zur Genossenschaftsfrage auf dem Berliner Parteitage war Auver. Er verwarf das Genossenschaftswesen und meinte:

„Das Personal, die Einrichtung und die Vorbedingungen zur Errichtung des sozialistischen Gemeinwesens muß uns von der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Entwicklung selber geliefert werden, und sie liefert sie uns, darüber ist gar kein Zweifel.“

Mit anderen Worten sagte Auver: Dinge, wie die Genossenschaften überlassen wir der bürgerlichen Gesellschaft. Und in der von Auver vorgeschlagenen und an-

genommenen Resolution heißt es, daß Produktiv-Genossenschaften nur dazu dienen sollen, eine Existenz für gemäßregelte Genossen oder eine Erleichterung für die Agitation zu schaffen.

„Im übrigen haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften instandsetzen, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen oder gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern.“

Auver und der Parteitag konnten sich allerdings hierbei auf das, nach der Lehre von Karl Marx aufgestellte Erfurter Programm berufen. Dieses gilt ja auch heute noch in allen seinen Punkten offiziell. Hier wird ja verlangt, daß die Umwandlung der Produktion von einer kapitalistischen in eine sozialistische, die Ueberführung nur durch die Eroberung der politischen Macht und zwar durch den politischen Kampf der Arbeiterklasse zu erreichen sei. Was sollen daher die „Ballastmittel“ wie Gewerkschaften und Genossenschaften?

Bebel, der natürlich im gleichen Fahrwasser segelte, erklärte denn auch in der Reichstagsstimmung vom 31. 1. 93: „Wir können es unter keinen Umständen billigen, daß unsere Parteigenossen Mittel und Kräfte dazu verwenden, Genossenschaften ins Leben zu rufen, in dem Glauben, daß sie, sei es für sich oder ihre Klassengenossen, damit einen wesentlichen Vorteil erringen.“ Er erklärte dann sowohl die Produktiv-, wie auch die Konsumgenossenschaften als gleichgültige Institutionen für die sozialistische Bewegung. Dem Vorteil, den diese ihren Mitgliedern verschaffen, sei gar kein Gewicht beizulegen.

Daher kam es denn auch, daß z. B. die Gründung der Hamburger Konsumgenossenschaft „Produktion“ von Seiten der Partei die größten Schwierigkeiten gemacht wurden. Man behauptete, das Vorgehen verstoße gegen die Partei, gegen Programm und Parteitagbeschlüsse.

Lange hat es gedauert, bis sich die Genossenschaftsbewegung bei der sozialdemokratischen Partei eine Nummer erwungen hat. Mittlerweile gingen nämlich die Arbeiter über das Erfurter Programm und den Berliner Parteitagbeschlüsse zur Tagesordnung über und — gründeten Konsumvereine oder beteiligten sich an den von bürgerlicher Seite gegründeten und lösten ihnen nach und nach sozialdemokratischen Geist ein, d. h. sie übernahmen die geschäftliche Leitung. — Das Erfurter Programm aber, in seiner ganzen Unhaltbarkeit, besteht heute noch.

Auch die christlichen Arbeiter haben Genossenschaften gegründet. Als Vorbild schwebte ihnen die älteste, großzügig organisierte englische Genossenschaftsbewegung vor Augen. Wenn daher heute von sozialdemokratischer Seite auf die christliche Genossenschaftsbewegung in allen Tonarten geschimpft und so getan wird, als sei das Genossenschaftswesen das legitime Kind der Sozialdemokratie, so weiß man, was davon zu halten ist.

Aus der Arbeiterbewegung.

Welches Material muß bei einer Prozeßführung am Reichsversicherungsamt beigebracht werden? In seinem Bericht über das Geschäftsjahr 1909/10 klagt der Beamte des Zentralbureaus für Arbeitervertretung vor dem Reichsversicherungsamt, daß ein oft empfundener und im vorigjährigen Bericht schon sehr beklagter Mißstand noch immer nicht behoben sei. Es handelt sich nämlich um das notwendige Material zur zweckentsprechenden Prozeßführung am Reichsversicherungsamt.

Das Fehlen dieses Materials hat schon manchen ungünstigen Prozeßausgang verschuldet. Der Kollege bittet, darauf zu achten, daß zu einer korrekten Prozeßführung am Reichsversicherungsamt folgendes Material unbedingt erforderlich ist.

1. Die Rentenbescheide der Berufsgenossenschaft (Landesversicherungsanstalt).
 2. Eine Abschrift der Berufungsklage an das Schiedsgericht.
 3. Eine Abschrift der eingeholten ärztlichen Gutachten, auch etwaiger anderer Gutachten.
 4. Das Urteil des Schiedsgerichts.
 5. Abschrift der Rekurs- (Revisions-) Schrift gegen das Urteil des Schiedsgerichts, oder, falls die Genossenschaft beim Schiedsgericht einen Antrag auf Aufhebung der Rente gestellt hat oder Rekurs bezw. Revision gegen das Urteil des Schiedsgerichts von der Genossenschaft bezw. Versicherungsamt eingelegt ist: die Schriftsätze der Berufsgenossenschaft bezw. Landesversicherungsanstalt. In letzteren Fällen ist auch die Abschrift der Gegenschrift des beklagten Rentenbeziehers bezw. Rentenbewerbers beizufügen.
 7. Um schnell den Tag der Zustellung der Schriftsätze an den Rentenbewerber seitens der Genossenschaft (Landesversicherungsanstalt) bezw. des Schiedsgerichts feststellen zu können, möge man die Couverts aufbewahren und ev. miteinsenden.
 8. Eine Vollmacht — auch unter allen Umständen beiliegen. Wer nicht im Besitze der gedruckten, vom Zentralbureau zu beziehenden Vollmachtsformulare ist, möge sie einfordern. Wird eine Vollmacht handschriftlich ausgestellt, dann möge man den Namen des den Prozeß am Reichsversicherungsamt führenden Sekretärs nicht hinschreiben, sondern in den Platz hierfür offen lassen. Der den Prozeß am Reichsversicherungsamt führende Sekretär des Zentralbureaus wird seinen Namen selbst an die oben gelassene Stelle der Vollmacht setzen und so die Vollmacht ausfallen.
 9. Der Rentenbewerber muß eine Bescheinigung über seine Zugehörigkeit zur christlichen Gewerkschaft beibringen. Denn nur dann gibt es kostenlose Vertretung am Reichsversicherungsamt.
- Wir raten unseren Mitgliedern, sich diese Aufstellung auszusprechen und aufzubewahren, um sie bei kommenden

Fällen zur Hand zu haben. Das gilt namentlich für solche Mitglieder, die an ihrem Wohnsitz ein Volksbureau oder Arbeitersekretariat nicht haben, und für solche, die bei Streitigkeiten in der Arbeiterversicherung anderen Kollegen mit Rat und Tat zur Seite stehen wollen.

Ferner sei noch darauf hingewiesen, daß mit Beginn des Jahres 1911 eine Personalveränderung im Bureau für Arbeiterversicherung eingetreten ist. Herr Peter Woelke hat wegen Krankheit und hohen Alters sein Amt niedergelegt. An seine Stelle ist Kollege Theodor Krehber, bisher Arbeitersekretär in Vorbeck, getreten. Dessen obliegt nun die Vertretung der Rentenbewerber am Reichsversicherungsamt. Es wird deshalb dringend ersucht, im Interesse einer ordentlichen Abwicklung der Geschäfte alle die Vertretung am Versicherungsamt betreffenden Sachen nur an Kollegen Krehber zu senden.

Keine gemeinsamen Versammlungen mehr mit den Gegnern! Aus M. Gladbach wird uns geschrieben: „Mit einem für die christlich organisierte Textilarbeiterschaft M. Gladbachs schädlichem System wurde am 2. April mit einem Schläge aufgeräumt.“

Bisher war es hier üblich, daß die Gegner zu allen von uns einberufenen Fabrikversammlungen Zutritt hatten. Wer nun aber glaubt, daß diese Versammlungen für die Arbeiterschaft immer praktische Resultate zeitigten, der irrt sich sehr. Das Gegenteil trat nicht selten ein. Die Vertreter der Gegner konnten oder wollten sich nicht die notwendige Reserve auferlegen. Eine solche ist elementarste Grundbedingung zum friedlichen Zusammenarbeiten in Fabrikversammlungen. Verstärkte Angriffe gegen unsere Bewegung und allzu starkes Hervorkehren sozialdemokratischer Theorien waren so ziemlich an der Tagesordnung.

Daß es dieserhalb zu Auseinandersetzungen kam, war unausbleiblich und selbstverständlich. Hiermit wurde aber der Arbeiterfrage nicht gebient. Eher wurde sie geschädigt. Im Interesse der Arbeiter haben unsere Mitglieder, obwohl sie in der übergroßen Majorität sind, sich dieses über ein volles Jahrzehnt bieten lassen. Sie haben sich der irtigen Meinung hingegeben, daß gegnerischerseits doch endlich die Arbeiterinteressen mehr berücksichtigt würden. Hiermit haben sie aber eine große Enttäuschung erleben müssen. Es ist daher leicht begreiflich, wenn unter solchen Umständen den gutmütigsten unserer Mitglieder der Geduldsfaden brach. Wie es kommen mußte, ist es gekommen. In vierzehn überaus zahlreichen besuchten Ortsgruppenversammlungen wurde am Sonntag, 2. April, Stellung genommen, wie die christliche Arbeiterschaft in Zukunft ihre Versammlungen abzuhalten gedenke. Es sprachen die Kollegen Hermes in Hardt und Windberg, Müller in Holt und Baldhansen, Bonas in Bettrath und Pech, Defaat in Benn und Hermessedahl, Kleinermann in Neuwert, Busch in Hardterbroich, Krüppel in Lörrach, Förstgen in Blumenberg, Ester in Eiden und Stowak in Sehn. Mit stürmischer Begeisterung wurde in allen Versammlungen einstimmig folgende Resolution angenommen:

Frühlingsgrüße.

Was sitzt ihr grübelnd im Zimmerlein?
Seht, verstoßen hinhüt jemand herein,
Redt euch und schreit euch,
Langt und blüht und lacht und winkt,
Springt froh umher und hoch, schon tief
Es, was lange verborgen schlief.

Ist euch im Innern nicht jäh erwacht
Hoffen nach danger Winternacht?
Nach träben Stunden, nach Leid und Tränen
Frühlingsahnen, erfülltes Sehnen?

Was sitzt ihr grübelnd im Zimmerlein,
Heiß, schon winkt
Lustig und blüht
Des Frühlings goldener Sonnenschein.

Grote Filling.

Er war ein guter, braver Mann.

Adorf. — Die Versammlung, die die Gewerkschaft auf 5 Uhr abends einberufen hatte, ist beendet. Das Lokal hat langsam geleert. Auf der Straße stehen die Männer gruppenweise beisammen, andere ziehen plaudernd die Hauptstraße hinunter.

Zwei Männer in den mittleren Jahren, denen die schwere Arbeit den Rücken gekrümmt haben mag, haben als letzte den Versammlungssaal verlassen und den schmalen Weg, der nach der kleinen Arbeiterkassette am Ende des Städtchens führt, eingeschlagen. Willi, der 35jährige, und Fridolin, der die 40er schon überschritten, arbeiten seit Jahren als Tagelöhner in der großen Spinnerei. Schwer und mühsoll ist ihre Arbeit. Sie tun viel Schweiß und gibt schwierige Hände. Wenn nur die Bezahlung danach wäre, daß man die Familie christlich durchbrachte, sagt Willi oft. „Dann würde ich die verpönte Tagelöhnerarbeit lieber verrichten.“ Aber, von dem platten Lande kommend, in die Spinnerei hineingeworfen, mußte er und Fridolin, sein ehemaliger Nachbar, mit Tagelöhnerarbeit furchtbar nehmen.

Der Verlauf der Versammlung wurde besonders auf Willi einen tiefen Eindruck gemacht haben. Gleich beim Verlassen des Saales hatte er das Thema aufgegriffen.

„Hein, Fridolin, die Versammlung dauerte nicht zu lange. Gneinhalb Stunden bloß; wo denkst Du hin, mein Weggen, hast's noch eine Stunde weiter gehen lassen.“ „Und ich hab' Schlaf gegriegt“, gab der Angeredete zurück und gähnte, daß es weiltig hörbar war.

„Die heute, Sonntag, dem 2. April tagenden gut besuchten Versammlungen der Ortsgruppen des christlichen Textilarbeiterverbandes protestieren entschieden gegen die verwerfliche, die Interessen der Arbeiterschaft schädigende Kampfweise, die die gegnerischen Verbände gegen die christlichen Organisationen anwenden. Da jahrzehntelange Erfahrungen und besonders die Vorkommnisse der letzten Zeit klar und deutlich gezeigt haben, daß ein ehrliches Zusammenarbeiten mit diesen Gegnern in gemeinsamen Versammlungen unmöglich ist, erklären die Anwesenden, daß mit der bisher in dieser Hinsicht gepflogenen Praxis endgültig gebrochen werden muß. Sie verlangen deshalb, daß die Gegner von allen, seitens des christlichen Textilarbeiterverbandes einberufenen Versammlungen ferngehalten sind. Diese Forderung soll jedoch ein gemeinsames Vorgehen bei zukünftigen Bewegungen nicht ausschließen. Die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes der einzelnen Ortsgruppen verpflichten sich, nur solche Versammlungen zu besuchen, die von der Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes einberufen und als Versammlungen des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter kenntlich gemacht sind.“

Sollten sich die Gegner erlauben, einzelne unserer Mitglieder hierüber in Anspruch zu nehmen, so mögen diese sie wegen ihres bisherigen Verhaltens nur gehörig auf die Finger klopfen. Nicht wir, sondern die Gegner sind schuld, daß es soweit kommen mußte.

Jugendbewegung und christliche Gewerkschaft.

Am 29. März fand für die Berliner evangelischen Jünglingsvereine und christlichen Vereine junger Männer eine Verbandskonferenz statt, in der das Verhältnis der Jünglingsvereine zu der christlichen Gewerkschaftsbewegung erörtert und festgelegt wurde. Nach einem eingehenden Vortrage von Gewerkschaftssekretär Mayer-Berlin und einer sehr lebhaften Diskussion nahm die zahlreich besuchte Vertreter-Versammlung der Vereine folgende Leitsätze einstimmig an:

1. Die Vorstände der evangelischen Jünglingsvereine und christlichen Vereine junger Männer erachten es als ihre Pflicht, ihren Einfluß bei den Mitgliedern dahin geltend zu machen, daß letztere über Ziele und Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften unterrichtet werden und nach beendigtem Lehrverhältnis die Mitgliedschaft in der für ihren Beruf bestehenden christlichen Organisation erwerben.
2. Die christlichen Gewerkschaften veranlassen ihre evangelischen Mitglieder, den evangelischen Jünglingsvereinen beizutreten. Die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften werden angehalten, ihre Söhne den evangelischen Jünglingsvereinen zuzuführen und sich zu bemühen, die unter ihrer Obhut stehenden Lehrlinge über Ziele und Bestrebungen der evangelischen Jünglingsvereine aufzuklären und sie anzuhalten, sich diesen Vereinen anzuschließen, wie überhaupt den Jünglingsvereinen ihr Interesse zuzuwenden.
3. Es empfiehlt sich einen Jugendausschuß zu bilden, der sich aus Mitgliedern beider Körperschaften zusammensetzt und die gemeinsam einzuschlagenden Wege vorzubereiten hat.

„Wie, Schlaf, wenn über die Pflichten des christlichen Mannes und Arbeiters in der heutigen Zeit gesprochen wird? Aue so was! Grad heute hast Du viel Neues hören können.“

„Die Reden gleichen sich alle, Willi; im Arbeiterverein wurde auch schon so was gesagt. Und dann habe ich auch zugehört und allemal, wenn geflascht wurde, habe ich mitgemacht.“

„Das hättest Du bleiben lassen können; warum hast Du da nicht geflascht, als davon die Rede war, daß die Arbeiter aufwachen und vorwärts streben müssen und daß sie selbst Hand anlegen sollen, damit ihnen auf die Beine geholfen werde. Siehst Du, das war mal ein Wort; das wiegt hundert andere auf. So ist's, ich sehe es alle Tage besser ein.“

„Das sind so Redensarten, Willi. Reist, ich bin keiner von denen, die immer den Mund aufstun, ich halte mein Sach, wie sich's gehört und damit punktum.“

„Du wirst aber auch weit damit kommen. Die gebratenen Tauben fliegen niemanden in den Mund. Gerade diejenigen, die wie Du nur ihre Sach' halten, sind schuld, daß wir Arbeiter nicht weiter kommen.“

„Das meinst Du so, Willi; meist schläfrig bin ich nicht; ich bin Tagelöhner, Du auch. Wir haben 28 Groschen und sehen, daß wir durchkommen. Mit dem immer Draufloschellen und Niezufriedensein ist nichts gemacht. Ich bin immer dabei, wenn die Kongregation sich versammelt, und wenn im Arbeiterverein etwas los ist — das heißt — wenn ich nicht zu müde bin.“

„Ja, Fridolin; meinst Du, damit hättest Du genug getan? Der Herr Pastor hat leztlich gesagt und der Redner vor heute abend hat es ganz besonders betont: der Arbeiter, der Landwirt, der Kaufmann, der Handwerker, wir alle haben die Pflicht, uns herauf zu arbeiten, daß aus uns etwas wird, daß wir unsere Familie ordentlich ernähren können und daß man auch vor dem Arbeiter Respekt kriegt.“

„Das sind so Redensarten, Willi; ich weiß ja, Du bist auch einer von denen, die alles wissen wollen; die alle Tage eine Zeitung lesen und die langen Artikel auf der ersten Seite joggern zweimal und immer nur daran denken, wie sie nonnatommen können. Mein Vater, selig hat oft gesagt: „Der alte Gott lebt immer noch.“ Siehst Du, so sage ich auch. Und ich bin bis heute immer durchgekommen.“

„Kannst Du das durchkommen? Aber, Fridolin, meinst Du denn, unser Herrgott gäbe Prämien für die Faulheit, da bist Du schief gewickelt. Wir müssen selbst arbeiten mit allen Kräften und er wird dann weiter helfen. „Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott!“ heißt's im Spruch.“

„Willi, Willi, das ist wieder so eine Redensart. Unser Herr hat ja nichts im Kopf, andere haben etwas gelernt und die haben's dann leicht, weiter zu kommen. Wir Arbeiter können doch Zeitungslesen doch nichts Geheimes lernen und in dem Textilarbeiterverbande — Da bist ja auch drin — machen sie auch keine Geheuten aus uns. Da mußt Du obendrein noch 4 Groschen in der Woche zahlen und bekommst nichts dafür.“

Der Ausschuß ist bereits begründet, und es steht zu erwarten, daß die beiden Organisationen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sich gegenseitig wertvolle Dienste leisten werden. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin, Sophienstr. 19.

Eine neue Heise gegen den christlichen Staats- und Gemeindearbeiterverband. Durch die gesamte sozialdemokratische Presse Deutschlands geht eine gleichlautende Notiz, nach der gegen den ersten Zentralvorsitzenden des genannten Verbandes, den Landtagsabgeordneten Ostwald, gegen den zweiten Vorsitzenden Peter Tremmel und gegen den Zentralfassierer Harter seitens der Kgl. Staatsanwaltschaft Aachhausen ein Verfahren wegen Betrugs und Bilanzverschleierung eingeleitet sei. Diese Notiz stellt eine neue Auflage der Heise dar, die im August vergangenen Jahres gegen den Verband einsetzte, und zwar infolge einer Broschüre, die der frühere Verbandsbeamte und Redakteur Johannes Wolf, der vom Zentralvorstand seines Amtes entsetzt werden mußte, geschrieben hatte. Der Inhalt dieser Broschüre ist Gegenstand einer noch schwebenden Privatklage, die von den Obengenannten gegen Wolf angestrengt wurde.

In der Zwischenzeit hatte Wolf bei der Kgl. Staatsanwaltschaft Aachhausen eine Denunziation eingereicht, die sich ungefähr mit dem Inhalt der Broschüre deckt. Die Kgl. Staatsanwaltschaft Aachhausen hatte zunächst die größte Mühe, aus dem verworrenen Inhalt der Denunziation herauszufinden, was der Denunziant eigentlich wollte. Nachdem auf Grund einer Rückfrage dies festgestellt war, ging der Staatsanwalt pflichtgemäß der Sache nach, sah sich aber nach genauer Prüfung der Angelegenheit veranlaßt, das Verfahren einzustellen bezw. von der Eröffnung eines Verfahrens abzugehen, da auch nicht der mindeste Grund hierfür vorlag.

Der ganze Vorgang ist ein neuer Beweis dafür, wie strupplos die sozialdemokratische Presse mit der Ehre ihrer Mitmenschen umgeht und wie ihr jedes Mittel gerade recht ist, um den verhassten christlichen Gewerkschaften einen Schlag zu versetzen.

Sozialdemokratisches Arbeitsmonopol. In Dresden ist kürzlich zwischen dem Verband vereinigter Rauchwarenzurichterei- und Färbereibesitzer Deutschlands (juristische Person), unterzeichneten Dr. Schiller, und dem deutschen (sozialdemokratischen) Kürschnerverband, Sitz Hamburg, unterschrieben E. Schubert, ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der folgende Bestimmungen enthält:

„Der Vertrag . . . bildet die Grundlage für Schaffung eines allgemeinen Tarifs für das deutsche R.-W.-Zurichtergewerbe und verpflichtet beide Parteien, . . . seine weitere Ausdehnung anzustreben.“ . . . „Der Vertrag verpflichtet die Arbeitgeber, nur solche Gehilfen zu beschäftigen, die dem deutschen (das ist sozialdemokratischen) Kürschnerverband angehören.“

„Du sprichst blöde, Fridolin. Gewiß, ich muß auch arbeiten wie Du alter Tagelöhner, aber damit ist nicht gesagt, daß ich nicht weit streben soll. Wir sind noch jung und stark. Wir können auch noch besseres leisten.“

„Ich bekümmere mich nur um meine Arbeit, andere sollen das auch tun. Wenn alle so denken würden wie Du, kämen wir gar nicht aus. Ich sehe zu, daß ich auskomme mit meinem Lohne und bleibe, was ich bin.“

„Hör, Fridolin, sag' das nur keinem anderen wieder, man lacht Dich aus; Du bist unvernünftig; so spricht kein Mann und besonders kein Familienvater. Wenn es Dir so paßt, Deiner Familie paßt es wahrscheinlich nur halb. Deine Frau und Deine Kinder sehen so blaß aus und Du wirft sicher nicht alle von Deinen Hängen groß ziehen.“

„Das sind so Redensarten, Willi. Ich muß das besser wissen wie Du. Und Du brauchst Dich nicht um meine Familie zu kümmern.“

Das war das letzte Wort Fridolins an jenem Abend. Alle Vorkstellungen seines Kollegen nützten nichts und waren in den Wind geredet.

Seitdem sind Jahre dahingegangen. Willi ist heute Vorarbeiter und zwar einer der besten. Der Werkmeister mag den nützlichsten und freibestimmten Mann gern und hat ihn seitdem manchen Groschen Zulage gewährt, desungeachtet strebt Willi unermüdet weiter. Er ist dem christlichen Textilarbeiterverband nicht nur treu geblieben, sondern sitzt auch im Vorstand. Aber auch dem Arbeiterverein gehört er heute noch an. „Beides gehört zusammen“, sagt er, und keine dieser Organisationen möchte ihn missen; er ist einer der eifrigsten unter den Vertrauensmännern von A. . . dorf. Man kann ihn überall brauchen; er ist ein Mann der Tatkraft.

„Und was ist aus Fridolin geworden?“ — wird der Leser fragen. Er ist ein guter, kernhafter Kerl heute noch. Er verrichtet noch seine frühere Arbeit und kümmert sich nicht um das Weiter. Selbstbewußtsein, Energie, Vorwärtsstreben sind ihm auch heute noch unbekante Dinge. Er liest noch wie vor keine Zeitung. Am Abend steckt er die lange Pfeife an und brüht still vor sich hin, bis es Zeit wird zur Ruhe zu gehen. Wenn der Sonntag kommt und die Glocken läuten, geht er in die Kirche und nimmt sein altes Plätzchen hinter der ersten Säule ein, wo er regelmäßig während der Predigt einnickt. Auch er ist dem Arbeiterverein treu geblieben. Jeder Versammlungseinladung folgt er — wenn er nicht zu müde ist. Bei Stiftungsfesten fehlt er selten. Ein Wort hat er noch nie gesprochen. Er ist kein Freund davon. Seine Familie hat er mit Mühe groß gezogen. Wenn Not eintrat, haben der Herr Pastor und der Vinzenzverein helfen müssen. Heute sind nun die Kinder größtenteils erwachsen, aber schwächlich sind sie geblieben und auf ihren Verdienst ist kein Verlaß. Im Uebrigen gleichen sie — leider — am dem Vater.

Alle nichtsozialdemokratischen Arbeiter sind also aus diesen Betrieben ausgeschlossen. Dieser Zwangsarbeit soll pflichtgemäß von beiden Parteien für das ganze Reich angestrebt werden. Welche Motive mögen wohl die Unternehmer dazu veranlassen, der Sozialdemokratie auf diese gewaltsame Art und Weise Vorschub zu leisten?

Wie wirkt die Arbeitszeit auf das Familienleben ein? Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß die Dauer der Arbeitszeit das Familienleben der Arbeiter stark beeinflusst. Eine lange Arbeitszeit hat, das lehrt die Erfahrung allenthalben, eine ungünstige Einwirkung im Gefolge, wohingegen eine kurze Arbeitszeit die gegenteilige Wirkung hat. Es ist ja auch leicht erklärlich, daß dem so ist. Wenn der Familienvater zehn, elf oder gar zwölf Stunden täglich arbeitet, dann muß er morgens in aller Frühe schon seine Familie verlassen und kommt erst abends spät wieder nach Hause. Morgens, wenn er die Wohnung verläßt, sind die Kinder noch nicht aufgestanden und abends, wenn er heimkehrt, sind sie schon wieder zu Bette gebracht. Er kann sich der Erziehung seiner Kinder nicht in dem Maße widmen, wie er es vielleicht mit Freuden tun möchte. An eine Aussprache mit der Gattin über Fragen des Familienlebens ist auch kaum zu denken, da er bei langer Arbeitszeit müde und abgepannt ist, wenn er nach Hause kommt.

Das Streben nach geistiger Weiterbildung wird durch die lange Arbeitszeit in ihm fast ertötet, da er ja kaum dazu kommt, ein Buch oder eine Zeitung zur Hand zu nehmen. Aus diesen und anderen Gründen fällt er dem Alkoholteufel leicht in die Arme.

Besonders schlimm aber ist es, wenn die arbeitende Frau zu lange bei der Arbeit festgehalten wird. Deshalb geht denn auch das Streben der Arbeiterklasse dahin, die Arbeitszeit unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse möglichst zu verkürzen, eine Forderung, die umso mehr berechtigt ist, als nachgewiesen werden eine Verkürzung der Arbeitszeit durchaus keinen Rückgang in der Produktion bedingt. Eher ist das Gegenteil der Fall.

Im Jahre 1908 ist durch die Gesetzgebung die Höchstdauer der Arbeitszeit für Arbeiterinnen geregelt worden. Wie aus den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten zu entnehmen ist, hatte diese Regelung eine erfreuliche Wirkung auf das Familienleben zur Folge. Der Beamte für den Regierungsbezirk Breslau, Regierungs- und Gewerbeamt Dr. Czimatis, berichtet z. B.

„daß die (vorerwähnte) Novelle vom 28. Dezember 1908 den Arbeitgebern zwar neue Beschränkungen auferlegt hat, daß diese aber vielfach dem Gesetz durch die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit zuvorgekommen waren, und daß sie sich im übrigen zugestandenemassen mit den Bestimmungen, namentlich hinsichtlich der achtstündigen Sonnabendsschicht, ohne tiefgreifende Störungen und Verluste, zum Teil überhaupt ohne Nachteile abfinden können und im wesentlichen abgefunden haben. Die Vorteile, welche für die Arbeiter und ihr häusliches Leben gewonnen sind, müssen andererseits als so erheblich angesprochen werden, daß demgegenüber etwaige ungünstige Wirkungen nicht entscheidend ins Gewicht fallen können.“

Diese Ausführungen des Regierungsrats sind eine gute Bestätigung des eingangs Gesagten.

Wandlungen im sozialdemokratischen Lager. Ueber „Wandlungen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung“ weiß die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspressen in der letzten Zeit in ellenlangen Artikeln allerlei wunderbare Dinge zu berichten. Es ist demgegenüber angebracht, auf die tatsächlichen Wandlungen im sozialdemokratischen Lager in Bezug auf Gewerkschaftsbewegung und Gewerkschaftstaktik hinzuweisen. Dann bekommt man ein recht bunt schillerndes Bild. Statt vieler nur einige Beispiele aus alter und neuerer Zeit.

Im November 1868 hatte der „allgemeine deutsche Arbeiterverein“, die damalige sozialdemokratische Organisation, in Düsseldorf eine Vorstandssitzung abgehalten, in der nachstehende Resolution angenommen wurde:

„In Erwähnung, daß die Arbeitseinstellungen kein Mittel sind, die Lage der arbeitenden Klassen dauernd zu verbessern oder irgend welche soziale Uebelstände dauernd abzuschaffen; in Erwähnung, daß die Arbeitseinstellungen mit Notwendigkeit herbeiführen einen Rückschritt der Arbeiter in ihrem Kampfe für die Umgestaltung der sozialen Lage; in Erwähnung, daß die Arbeitseinstellungen die Industrie schädigen müssen, die Arbeiter aber nicht eine Schädigung, sondern eine Hebung der Industrie wollen und es allein in ihrem Interesse finden, ihre ganzen Bestrebungen nur auf die gründliche Umgestaltung der modernen Produktionsweise zu richten; erklärt die Versammlung die systematische Organisation von Arbeitseinstellungen für ein historisch-reaktionäres Mittel, angewendet zu dem Zweck, die Arbeiterkräfte auszuzugeln, zu zersplittern und vom Ziele abzulenken.“

Man hatte sich inzwischen getrandelt und bereits 1891 erklärte der sozialdemokratische Parteiführer Bebel u. a.:

„Die immense Majorität der Partei hat indes die gewerkschaftliche Organisation für notwendig gehalten, nicht bloß für die Entwicklung der Partei, sondern auch für die Führung des Klassenkampfes gegen die bestehende Ordnung der Dinge.“ (Prot. Erfurt S. 162.)

Als die sozialdemokratischen Gewerkschaften in der Aufschwungsperiode 1896-1900 daran gingen, an die sozialdemokratische Bewegung abgeneigten Arbeitermassen des industriellen Westens und Schlesiens heranzutreten, hielten sie wiederum eine Wandlung in der Taktik für notwendig. Es wurde die Bezeichnung „freie“ Gewerkschaften erfunden. Der Gewerkschaftsführer Robert Schmidt zeichnete auf dem Genauer Parteitag die Situation wie folgt:

„... Die Gewerkschaften müssen die Massen zusammenfassen und da haben sie nicht lauter zielbewusste Klassenkämpfer, sondern eine große Anzahl von Mitläufern, die schließlich erst in der Gewerkschaft das werden, was wir von ihnen verlangen und wünschen. Daß diese Mitläufer in der Ueberzahl meinen, daß sie die Leitung hätten, das bestreite ich. An der Spitze unserer deutschen Gewerkschaften stehen immer noch Männer, die die Gewähr dafür bieten, daß sozialdemokratische Anschauungen auf wirtschaftlichem Gebiete die Oberhand haben.“ (Prot. 245.)

Dann wurde landauf, landab die große Lüge verbreitet, die sozialdemokratischen Gewerkschaften wären religiös und politisch neutral. Im Jahre 1903 machte die sozialdemokratische Partei eine Schwenkung zum Radikalismus hin, und die voreerst zum Schein „neutralen“ Gewerkschaften mußten sich wieder umwandeln. Nur in den ländlichen und für den Sozialismus schwer zugänglichen Gebieten wird heute noch die Neutralitätslüge in der Agitation angewendet.

„In der Massenstreikfrage hatten die „freien“ Gewerkschaften auf ihrem Kölner Kongreß 1905 beschlossen:

„Der Kongreß hält... alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten. Den Generalstreik, wie er von den Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongreß für indiskutabel; er warnt die Arbeiterschaft, sich durch Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisation abhalten zu lassen.“

Die „freien“ Gewerkschaftsführer hatten aber vor diesem Beschluß die Parteigrößen nicht gefragt, die anders meinten, und so mußten sie wieder eine Wandlung durchmachen und kurze Zeit nachher auf dem Parteitag einer Resolution zustimmen, die genau das Gegenteil von dem enthielt, was in Köln beschlossen worden war.

Und diese Gesellschaft, der das eigene Rückgrat fehlt, die zur Stiefelputzerin der sozialdemokratischen Partei herabgesunken ist, will der Welt von Wandlungen in der christlichen Gewerkschaftstaktik plausibel machen und die christlichen Gewerkschaften als ungeeignet zur entschiedenen Vertretung der Arbeiterinteressen hinstellen. Jbioten und Kindern mag man solches plausibel machen. Der denkende Arbeiter weiß, was er davon zu halten hat.

Zeigt das die Neutralität? Die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine nennen sich so gern die „wirklich und einzig neutralen Berufsorganisationen“. Wie es mit der „Neutralität“ in Wirklichkeit aussieht, dafür wieder ein kleines Beispiel.

In Nr. 13 (31. März) der „Deutschen Textilarbeiter-Zeitung“, dem Organ des Gewerbevereins der deutschen Textilarbeiter S.-D., heißt es in einem Versammlungsbericht aus Apolda u. a.:

„Weiter wurde den Kollegen unterbreitet, daß am 8. April im Restaurant „Gute Quelle“ der liberale Parteisekretär Herr Matthäus einen Vortrag über das Thema „Die nächsten Reichstagswahlen“ halten wird. Der Ortsverbandsvorsitzende, Kollege Martin, hielt hierüber an die Kollegen eine kurze Ansprache, worin er ihnen erklärte, daß es eines jeden Pflicht sei, derartige Versammlungen zu besuchen.“

Es müssen doch enge Beziehungen bestehen zwischen liberale Parteien und S.-D. Gewerbevereine, wenn in deren Mitgliederversammlungen auf die Veranstaltungen dieser Parteien besonders hingewiesen, eine „kurze Ansprache“ darüber gehalten und den Mitgliedern zur Pflicht gemacht wird, die liberalen Versammlungen zu besuchen.

Von politischer Neutralität legt das gerade kein Zeugnis ab.

Sozialdemokraten als Tarifgegner. Der echte Sozialist verwirft den Tarifvertrag, weil er dem ganzen Wesen und namentlich dem agitatorischen Bedürfnis der Sozialdemokratie fremd und hinderlich ist. Darum wünschten die „Leipziger Volkszeitung“ und mit ihr viele Kreise der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie den Tarifvertrag „zum Teufel“. Ganz in diesem Sinne spricht sich das Organ des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes der Schweiz aus, die „Schweizerische Holzarbeiterzeitung“. Nach einem Bericht der in Wien erscheinenden „Christlich-sozialen Arbeiterzeitung“ (Nr. 13, 1. April 1911) schrieb das genannte Organ kürzlich:

„Zum mindestens muß mit aller Entschiedenheit dem Abschluß der Tarifverträge Einhalt getan werden; denn es ist im Interesse einer revolutionären Arbeiterbewegung nicht förderlich, daß der Unternehmer auf Jahre hinaus Ruhe bekommt, um so seinen Profit berechnen und sichern zu können. Um den Kapitalismus zu stürzen, ist es unerlässlich, ihn in jeder Weise zu heimmachen, und das wird unteuher gut erreicht, indem die organisierte Arbeiterschaft grundsätzlich gegen jeden Tarif sich ausspricht. Damit ist die Möglichkeit gegeben, den Unternehmer bei jeder günstigen Gelegenheit anzugreifen, Forderungen aller Art zu stellen, kurz, um jede Möglichkeit zur Sicherung seines Profites zu nehmen. Das Interesse der Arbeiter erfordert es, daß ihre Forderungen ohne jede Rücksicht auf den Unternehmer gestellt werden, ganz gleich, ob dieser bestehen kann oder nicht; denn unser Ziel muß seine Befreiung und nicht seine Erhaltung sein.“

Das ist echt sozialistisch. In Deutschland klangen früher und klingen heute wieder ähnliche Stimmen. Und wenn die christlichen Gewerkschaften solche „gewerkschaftlichen Grundsätze“ ganz entschieden ablehnen, dann schreibt die ganze rote Presse von; einer „Rechtschwenkung“.

Gelbe Rückwärtsentwicklungen. Der gelbe „Arbeiterverein vom Werk Augsburg“ veröffentlicht nach dem Münchener „Arbeiter“ einen langen Rechenschaftsbericht, aus dem hervorgeht, daß der Verein „Mitte März, 1911 2410 Mitglieder“ zählte.

Nicht hervor geht aber aus diesem Bericht, daß der Verein gegen das Vorjahr 82 Mitglieder (1909: 2492 Mitglieder; Ende 1908: 2546 Mitglieder) und gegenüber dem Bestande am Jahresabschluss 1908 sogar 136 Mitglieder verloren hat. Nach dem Augsburger gelben Blatt ist das „ein neuer Beweis von dem siegreichen Vorwärtsschreiten der Werkvereinsbewegung“.

Die „Anhänger des Friedensprinzips“ nehmen also zweifellos eine recht „ruhige Entwicklung“.

Festgestellt zu werden verdient, daß auf Werk Augsburg eine Arbeitszeitverkürzung von 1 1/2 Stunden pro Woche gegen den Willen der Gelben erreicht wurde, die „in den bezüglichen Verhandlungen mehrfach zum Ausdruck brachten, daß eine Arbeitszeitverkürzung gar nicht gewünscht werde“. Das ist bekanntlich ein alter gelber Programmjag, der schon wiederholt angenommen wurde, wie Gasteiger in seinem Buche: „Die gelben Gewerkschaften“ nachweist.

Terrorismus und Schwindel. Deffentlich gerügte sozialdemokratische Terroristenschiffe werden fast regelmäßig in der sozialdemokratischen Presse — anscheinend ohne jede Nachprüfung — einfach als Schwindel bezeichnet. Infolge dieser Taktik sah sich der „Vorwärts“ Nr. 71/1911 gezwungen, eine preisgesehliche Verächtigung von einem terrorisierten christlichen Metallarbeiter zu bringen, in der es heißt:

„Die in Nummer 66 des „Vorwärts“ vom 18. März unter dem Titel „Wieder ein Terroristenschiff“ aufgestellte Behauptung, daß mein dort in Frage stehender Uebertritt durchaus freiwillig vom christlichen zum „deutschen Metallarbeiterverband“ erfolgt sei und ich auf Grund der Drohung meines älteren Bruders den Uebertritt rückgängig gemacht hätte, ist unwahr.“

Wahr bleibt dagegen, daß meine Ueberschreibung zum deutschen Metallarbeiterverband, nachdem mir mein Mitgliedsbuch unter dem Vorwand der Einsichtnahme von dem Anreißer Hoffmann weggenommen war, durch den Vertrauensmann Schmidt, trotz meines Protestierens, bewerkstelligt wurde.“

Nach demselben Muster wird jetzt die Wahrheit ins Gegenteil umgefälscht bei einer schmachvollen Blamage, die sich sozialdemokratisch organisierte Holzarbeiter in einer Möbelfabrik Pauly in Köln holten. Hier verlangten die sozialdemokratischen Verbände die Entlassung eines kürzlich eingestellten christlichen Holzarbeiters, des einzigen im Betrieb bei 70 Arbeitern. Der Firmeninhaber lehnte dies ab und ließ die Genossen, als sie rabiatt wurden, den Betrieb von außen ansehen. Als der christliche Holzarbeiterverband jetzt ernstlich Miene machte, die Stellen der Terroristen zu besetzen, ließen letztere zum Arbeitgeber und baten de- und wehmütig um ihre Wiedereinstellung; der Lokalbeamte des roten Verbandes und selbst die Frauen der „Genossen“ bemühten sich — es sollen sogar Tränen geflossen sein —, sodaß der Arbeitgeber schließlich Mitleid empfand und die Leute wieder in Gnaden annahm, mit Ausnahme des sozialdemokratischen Vertrauensmannes und Nadelstuhlführers, an dessen Stelle ein zweiter christlicher Gewerkschafter in Stellung trat.

Dies der wahrheitsgemäße Tatbestand. Und nun geben Artikel durch die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspressen, in denen die Tatsachen mit frecher Stirne abgeleugnet werden. Der offensichtliche Terrorismus der unduldsamen „Genossen“ wird in einen angreifbaren Vorstoß des christlichen Verbandes und die schmachvolle Niederlage der Terroristen in ein Fiasko der Christlichen umgelogen — eine Unverschämtheit, die ihres Gleichen sucht.

Aus unserer Industrie.

Rundschau auf dem Textilmarkt.

Der Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit bietet auch für den Monat Februar kein ungünstiges Bild. Fast in allen Industriezweigen macht sich eine Besserung bemerkbar — doch nicht in allen Zweigen der Textilindustrie. Nehmen wir als Maßstab die Zahlen von den Arbeitsnachweisen. Im Februar kamen auf 100 offene Stellen 170 Arbeitsgesuche, im Januar d. J. dagegen nur 159 und im Februar 1910 gar nur 152. Die Gesamtzahl der Vermittlungen betrug im Februar 395 männliche Arbeiter weniger als im Januar, nämlich 1129 gegen 1524. Auch die Vermittlungen für Arbeiterinnen wiesen einen Rückgang auf. Waren es im Januar 1521, so im Februar nur 1281, also 240 weniger; allerdings war auch das Angebot an weiblichen Arbeitskräften etwas geringer gegen den Vormonat. Während im Januar 93 Angebote auf 100 offene Stellen kamen, waren es im Februar nur noch 90; aber auch dieser Stand muß noch als recht ungünstig bezeichnet werden, wenn wir bedenken, daß im Februar 1910 gar nur 82 Angebote auf 100 offene Stellen kamen.

Die Lage der

Baumwollspinnereien und Webereien

hat sich auch seit unserem letzten Bericht kaum geändert. Nachdem sich im Baumwollpreis im Februar ein Rückgang bemerkbar gemacht hat, zog er halb wieder an. Die Garnverbraucher sind sehr zurückhaltend in ihren Bestellungen, da sie glauben, daß die Baumwollenernte besser ausfallen werde als allgemein angenommen und daher die jetzigen Preise der Garne, die sich ja nach dem Rohstoffpreis richten, nicht gerechtfertigt seien, eine

Ansicht, die insofern fehlerhaft sein dürfte, als ja gerade von den Baumwollspinnern immer über das Mißverhältnis von Rohstoff- und Garnpreisen geklagt wird. So schreibt die Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie über die Wuntwebereien in Schlesien:

Die langfristigen Aufträge, auf die es in erster Reihe ankommt, fehlen, wenigleich das Geschäft momentan auch zufriedenstellend ist. Die in Sicht habende Baumwollente hält die Großspinnen und Ausrüster in ihren Einkäufen zu den jetzigen Preisen zurück, nur das aller- notwendigste wird bestellt, da alles glaubt, daß dann ein Rückgang in den Preisen eintreten muß.

Ähnliche Berichte werden auch aus der M.-Glabbacher Baumwollwebereibranche gemeldet: In den Kesseltwebereien sind die Betriebe noch für einige Zeit genügend beschäftigt, so daß dieselben vorerst die weitere Entwicklung des Geschäfts abwarten können. Für bedruckte Ware war etwas mehr Nachfrage, ebenso für Bleichnessel und rohe Ware zum Verkauf, während Futternessel etwas vernachlässigt ist. In den Nordwebereien ist die Beschäftigung nach wie vor eine zufriedenstellende, und die Betriebe sind auch noch für mehrere Monate unter Kontrakt. In den Weistwebereien für rohe, gebleichte, gefärbte und bedruckte Wiber- und Kalmulartikel hat sich auch in den verfloßenen 14 Tagen kaum eine Besserung bemerkbar gemacht. Wenn auch in einzelnen Betrieben einige größere Aufträge hereingekommen sind, so reichen diese aber nicht hin, um betrefss der eingeschränkten Arbeitszeit eine Aenderung herbeiführen zu können. Viele Abfallspinner und Weber lassen jetzt schon an zwei Tagen in der Woche den Betrieb ruhen. In den Wuntwebereien, welche baumwollene Schlafdecken, Betttücher, Fanchs und Kofhlanelle herstellen, ist die Beschäftigung nicht einheitlich. Die Fabriken, die baumwollene Hofzenzeuge verweben, haben sehr gut zu tun.

Die Flachts- und Leinenbranche.

Ein für Deutschlands Textilindustrie immer wichtiger werdende Rohstoff ist der Flach. Die Bedeutung dieses geht daraus hervor, daß die Einfuhr, die 1897 48 726 t im Werte von 26,9 Mill. M. betrug, sich heute auf 66 599 t im Werte von 47,7 Mill. M. beläuft. Als Hauptausfuhrland kommt für Deutschland Rußland in Betracht; sie beträgt von hier 42,1% der gesamten Einfuhr. Wie sehr die deutsche Industrie von dieser Abhängigkeit leidet, ist hier schon wiederholt dargelegt worden. Im Jahre 1910 hat in Pflow in Rußland eine Ausstellung von Flach- und Flachprodukten stattgefunden. Die Annäherung von Interessenten, die hierbei notwendigerweise eintreten mußte, hat bereits seine Erfolge gezeigt. Der Flachkongreß in Moskau hat die Errichtung einer großen Flachsgenossenschaft, die sich über ganz Rußland erstrecken soll, beschlossen. Daß diese Vereinigung, so berechtigt sie vielleicht für die Interessenten Rußlands selbst ist, für die Flachs verarbeitende Industrie in Deutschland nicht gerade sehr vorteilhaft ist, liegt auf der Hand. Immerhin liegt vorerst zur Beunruhigung kein Anlaß vor, denn so rasch wird es in Rußland mit der Vereinigung aller Flachproduzenten wohl nicht gehen. Etwas gefährlicher scheint es mir, daß die Mitglieder der Börse in Pflow eine Agitation unter den russischen Landwirten entfalten wollen, die davor warnen, Flach anzubauen. Der Zweck bei diesem Manöver ist klar: Es sollen dadurch die Preise hoch gehalten, vielleicht noch erhöht werden; das wäre das Schlimmste, was augenblicklich unserer Leinenfabrikation passieren könnte. Die große internationale Betriebs-einschränkung der Flachspinnereien, die in erster Linie einen Druck auf die Preise hätte ausüben sollen, trat mit dem 1. April nicht in Kraft; der geplante Termin wurde hinausgeschoben, angeblich weil einige große Spinner und Weber noch stark für die Frühjahrsbliche beschäftigt sind. Die Nachricht lautet für die Durchführung des Projektes nicht gerade günstig, besonders da auch kein bestimmter Termin genannt wird, an dem die Betriebs-einschränkung allgemein eintreten soll. Vielleicht hat auch schon die bloße Androhung dieser auf den Flachmarkt so eingewirkt, daß sie selbst überflüssig wird. So viel aber bekannt ist, ist die Lage der Flachspinnereien und der Leinenindustrie nicht gerade besonders günstig.

Wie die bis jetzt genannten Zweige der Textilindustrie so klagen auch die Hanfspinnereien und Bindfadenfabriken über den im Verhältnis zum Fabrikat zu teuern Rohstoffpreis. Um das Mißverhältnis auszugleichen, beschloß der Verband der deutschen Hanfspinnereien und Bindfadenfabriken die Preise für sämtliche Hanfabrikate um fünf Pfennig pro Kilo zu erhöhen. Um die Absatzverhältnisse besser zu gestalten, soll außerdem eine Kontingenzierung der Produktion eintreten, diese soll nach dem bisherigen Abgang eines Betriebes festgesetzt werden. Nähere Details sind nicht bekannt geworden.

Aus der Tuchindustrie

wird im allgemeinen ruhige Geschäftslage gemeldet, dagegen hat sich die Beschäftigung in den Spinnereien gestiegen, in Folge des Verlaufes der letzten Londoner Wollauktion. So meldet der „Konfektionist“:

Die Auktion verlief, trotz der diesmal ganz schwachen Beteiligung von Seiten Amerikas, in anhaltend lebhafter Stimmung und das verhältnismäßig große Quantum Wollballen, das zur Versteigerung gestellt war, wurde fast ganz aus dem Markte gezogen, da die Borträge in den Händen der Verwunderer insolge lange geübter Zurückhaltung sehr zusammengefallen waren.

Durch die andauernd tiefe Tendenz ist auch die Beschäftigung in den Spinnereien gewachsen und ein großer Teil derselben ist bereits für das ganze Jahr anverkauft.

Die englischen Spinner sind zurzeit so stark beschäftigt, daß sie nur unter Bewilligung langer Lieferfrist ver- langen können.

Die Mode ist dem Artikel günstig, besonders Cheviot- garne für die Stoffabrikation sind sehr gefragt.

Trotz alledem besteht zwischen den Preisen der Fertigfabrikate in der Wollindustrie und denen des Rohmaterials immer noch ein gewisses Mißverhältnis, denn während die Rohwollpreise andauernd steigende Tendenz verfolgen, hält es schwer, für die fertige Ware, für wollene Garne und Wollwaren, die entsprechenden Preise zu erzielen.

Es steht zu erwarten, daß sich jetzt, nachdem die Situation genügend geklärt ist, dieses Mißverhältnis wieder ausgleichen wird und auch die Konsumenten im Kleinhandel die Marktlage wieder mit mehr Vertrauen beurteilen werden.

Die Nachener Webreiten klagen noch immer, da die Mode den Nachener Mustern nicht geneigt ist. Die unsinnige Bevorzugung englischer Stoffe, die unser Vorsitzender, Kollege Schiffer, neulich im Reichstage vor aller Öffentlichkeit gebührend beleuchtet hat, spielt auch hierbei eine große Rolle.

Aus den Wucklin-, Kammgarn- und Cheviotwebereien M.-Glabbachs wird berichtet, daß die Besserung nicht angehalten hat. Die Aufträge in den mittleren und kleinen Betrieben sind ungenügend, und wenn die jetzt eingetretene wärmere Witterung keinen Umschwung zum Besseren bringt, wird es nicht ausbleiben, daß im Laufe des Sommers manche Stühle zum Stillstand kommen werden. Wenn auch mehrere größere Werke gut zu tun haben, so hat dies doch auf die allgemeine Lage dieser Branche keinen Einfluß.

Seide und Sammet.

Der Rohseidenmarkt liegt in Deutschland ruhig. Von einer Belebung ist noch keine Spur zu entdecken. Aus Mailand wird die Lage wieder günstiger geschildert, die Nachfrage hat sich gesteigert.

Die Nachrichten über den Marktstand der Seidenwaren lauten besser. Besonders lebhaft ist der Abruf von Seidenmänteln und seidenen Blusen.

Sammet ist stark begehrt, insfolgedessen gut beschäftigt.

Recht unklar und zweideutig sind die Nachrichten, die aus der Handschuh- und Strumpfabrikation in Sachen kommen. Während wir das letzte Mal von großen Bestellungen von Amerika zu berichten wußten, wird jetzt darüber geklagt, daß der Export stark zurückgegangen sei. Unsere erstere Ansicht wird die richtigere sein, — das trifft besonders für die Chemnitzer Industrie zu, die ständig Arbeiter und Arbeiterinnen sucht.

Eine neue Textilbörse.

Zum Schluß sei noch eine Einrichtung erwähnt, welche Chemnitz, als Hauptort der Textilindustrie Sachsens, getroffen hat. Die Börse in Chemnitz hat es im Bunde mit der Vereinigung sächsischer Spinnereibesitzer unternommen, eine „Textilbörse“ einzurichten. Wir bezweifeln, ob der Name „Börse“ zutreffend ist. Auf diesen kommt es aber schließlich nicht an. Tatsache ist, daß die Trefftage sämtlicher Textilinteressen von Chemnitz und Umgebung für die Entwicklung der Industrie nur von Vorteil sein können. Gemeinsame Interessen auch verschiedener Fabrikationszweige können besprochen, die Mittel und Wege zu deren Wahrnehmung gemeinsam getroffen werden. Außerdem ist die Möglichkeit von Kaufabschlüssen bei der engen persönlichen Berührung leicht gegeben. Man kann nur wünschen, daß diese neue Unternehmung recht lange Bestand hat zum Segen der dortigen Textilindustrie und damit der Arbeiterchaft Sachsens.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Erzenbach.

Die Arbeiterchaft der Firma Lampertsmühle befindet sich seit längerer Zeit in einem zwar ziemlich geräuschlosen, aber desto intensiveren Abwehrkampf gegen die Reorganisationsbestrebungen der Firma, welche sich jetzt sogar bemüht, Stalienerinnen nach hier zu ziehen, um den Betrieb „rentabler“ zu gestalten, d. h. noch schlechtere Löhne als bisher zu bezahlen. Einen anderen Zweck kann es doch wohl nicht haben, daß die Firma die einheimischen Arbeiter entläßt, um sie durch landfremde zu ersetzen.

Da die Einhaltung der Unfallvorschriften kann sich die Firma noch immer nicht gewöhnen, und so kommen häufig Unfälle in diesem Betriebe vor. Wie würde es aber erst in dieser Hinsicht bestellt sein, wenn die armen, der deutschen Sprache und Gesetzgebung unkundigen Italienerinnen hier arbeiteten?

In der hiesigen Bürger- und Arbeiterchaft herrscht die größte Erbitterung über das Vorgehen der Firma und ist auch schon durch öffentliche Protestversammlungen zum Ausdruck gekommen. Zugang nach Erzenbach ist streng fernzuhalten.

Forst (Sausitz).

Unsere Eingabe an den Arbeitgeberverband gelegentlich der Einführung des zehnstündentages, wovon wir in der vorigen Nummer berichteten, lautet:

An den

Arbeitgeberverband der Textilindustrie in der Niederlausitz.

Die im Schützenhaus zu Forst tagende, vom Zentralverband christlich-nationaler Textilarbeiter einberufene Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung spricht ihre Befriedigung darüber aus, daß der Arbeitgeberverband sammelt die von den christlich-national organisierten

Arbeitern wiederholt beantragte allgemeine zehnstündige Arbeitszeit einführen will.

Die versammelten Arbeitnehmer gestatten sich, zur Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit die nachstehenden Wünsche und Anträge dem Arbeitgeberverband zu unterbreiten:

1) Die Arbeitszeit möge Sommer und Winter morgens 7 Uhr beginnen und abends 6 Uhr schließen. Eine 1 1/2 stündige Mittagspause soll in die Zeit von 12 bis 1/2 Uhr fallen.

2) Um durch die Reduzierung der Arbeitszeit eine Schmälerung des Einkommens aller im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter nicht eintreten zu lassen, möge eine Aufbesserung von zwei Pfennig pro Stunde bei allen diesen Arbeitnehmern vorgenommen werden.

Die von verschiedenen Arbeitgebern geübte Praxis, den Stundenlöhnern für Frühstücks- und Vesperpausen den Lohn in Abzug zu bringen, möge aufgegeben und der Lohn durchgehend gezahlt werden.

3) Damit auch die in Akford beschäftigten Weber, trotz der Verkürzung der Arbeitszeit, ihre alte Lohnhöhe erreichen können, mögen die vielfach vorhandenen mifflischen Zustände in den Betrieben beseitigt werden. Verarbeiten schlechten Materials und Warten auf Material, desgleichen Weben mit schlechtem Geschirr sind so zu vergüten, daß dem Weber ein Wochenlohn von 24 Mark garantiert ist.

Muß der Weber ihm nicht zufallende Nebenarbeiten verrichten, wie Musterkarte anfertigen, Kette bäumen, Ketzbäume tragen und dergleichen, so ist er dafür in gleicher Höhe zu entschädigen. Böcher zumachen wird gegenwärtig vielfach gar nicht oder ungenügend bezahlt; ein Stundenlohn von 40 Pfg. möge hier allgemein Anwendung finden.

In verschiedenen Betrieben besteht der Brauch, daß männliche Weber für die weiblichen die Ketzbäume transportieren müssen, desgleichen angefertigte schwere Warenstücke, wofür die Weberinnen eine Entschädigung zahlen müssen. Wo eine Aenderung dieser Einteilung nicht möglich ist, sollen zur Entschädigungszahlung nicht die Weberinnen, sondern die Betriebsinhaber verpflichtet sein.

4) Den in Akford beschäftigten Spinnern und Fadenanlegern möge alles Bauen an den Maschinen und Warten auf Material durch Stundenlöhne, die ihrem sonstigen Verdienst entsprechen, bezahlt werden. Vielfach wird für kurze Spinnpartien nur eine ungenügende oder gar keine Vergütung gezahlt. Dies möge hingegen in solcher Höhe geschehen, daß die beteiligten Akfordarbeiter eine Lohnschmälerung nicht erfahren. Bedient ein Spinner zwei Maschinen, so soll er mindestens vier Fadenanleger haben.

5) Kettenfcherer, Zwirnerinnen und Spulerrinnen haben gegenwärtig ebenfalls vielfach unter schlechtem Material und Warten auf Material zu leiden. Diese beiden Faktoren beeinflussen überhaupt die Verdienstmöglichkeit aller Akfordarbeiter außerordentlich ungünstig. Die versammelte Arbeiterchaft ist überzeugt, daß diese beiden Erscheinungen sehr oft nur ein Ausfluß mangelhafter Anordnung und unvorteilhafter Disposition innerhalb des Fabrikbetriebes sind. Die Abstellung dieser Mängel möge daher, als im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern liegend, bestimmt und wirksam durchgeführt werden.

6) Wo noch nicht vorhanden, wolle man zum Schutze der Gesundheit der Arbeiterchaft gute hygienische und sanitäre Einrichtungen schaffen. (Ventilationen, Wasch- und Umkleieräume und dergleichen.)

7) Einer strengeren Ueberwachung des Kantinenwesens und der Errichtung von Schankstätten für alkoholfreie Getränke in den Fabriken wollen die Fabrikherren im Interesse des Gesamtwohles eine gesteigerte Aufmerksamkeit zuwenden.

8) Die Erfüllung der vorgenannten Wünsche und Anträge wird die Produktion ganz wesentlich erhöhen. Man wolle daher die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit an den Vortagen von Sonn- und Feiertagen für alle Arbeiter unter Anwendung des freien Nachmittags ernstlich ins Auge fassen.

Einer wohlwollenden Prüfung und Berücksichtigung, sowie einer gefälligen Beantwortung unserer Eingabe bis zum 15. Mai entgegensehend zeichnet

Hochachtungsvoll

Zentralverband christlich-nationaler Textilarbeiter Deutschlands. Ortsgruppe Forst (Sausitz).“

Hervorzuheben ist, daß diese Forderungen nicht etwa allgemeine Lohnforderungen für die Textilarbeiter unserer teils vorstellen, sondern als Begleitangebote zur Einführung des allgemeinen zehnstündentages gelten.

Die anwesenden Spitzen der Kirch-Dunderischen Ortsvereine, einschließlich des Sekretärs Köppler, stimmten ebenfalls für Annahme unserer Anträge.

Kempen.

Zu der Bewegung bei der Firma Schiller, Gross u. Co. erhalten wir folgende „Berichtigung“:

In Ihrer Nr. 13 vom 1. April bringen Sie einen Artikel über den Streit unserer Kunstseidewinderinnen in Kempen. Unter Berufung auf das Preßgesetz bitten wir, nachfolgende Berichtigung aufnehmen zu wollen:

1) Es ist unrichtig, daß wir verschiedene Qualitäten Kunstseide führen. Wir verarbeiten seit Jahren dieselbe Marke derselben Fabrik.

2) Wir können aus unseren Büchern jederzeit nachweisen, daß die Kunstseidewinderinnen in Kempen mit einem Materialverlust von ca. 8% arbeiten, während in Elberfeld ein Verlust über 2-3% niemals vor- gekommen ist.

3) Der in Kempen bezahlte Bindelohn ist 20% höher, als die in Elberfeld bezahlten Löhne. Der Verdienst der

Kempener Winderinnen war auch nach dem Ausweis der Lohnbücher stets höher als der früher garantierte Lohn von 2,50 M. pro Tag.

4) Vor drei Wochen überraschten wir eine Winderin dabei, wie sie einen Strang einfach von der Krone herunter schnitt und auf den Boden warf. Aus den Kunstseideabfällen stellten wir jetzt fest, daß dieses Verfahren, möglichst viel Material zu verarbeiten, allgemein üblich war und daß die kolossalen Materialverluste hierin ihren Grund hatten. Die betr. Winderin, die sich einer vorsätzlichen Sachbeschädigung schuldig gemacht hatte, wurde sofort entlassen. Die anderen Kunstseidewinderinnen versicherten die Kündigung ein.

5) Ein Streik liegt nicht vor, denn von keiner Seite sind irgendwelche Forderungen gestellt. Infolge der hohen Verluste in unserer Kempener Winderin ist es uns unmöglich, Kunstseide überhaupt noch in Kempen winden zu lassen. Wir haben unsere Kunstseidewinderin dauernd nach Elberfeld verlegt. Eine Wiederannahme der betr. Winderinnen ist daher ausgeschlossen. Wir haben auch dem Arbeitgeberverband keine Mitteilung von dem Fall gemacht, da wir die Sache überhaupt nicht als Streik betrachten.

Hochachtung
Dr. jur. Th. Schiller,
i. F. Schiller, Crous u. Co."

Zu vorstehender Berichtigung schreibt unser Gewährsmann:

1) Wir halten unsere Behauptung aufrecht, daß es gute und schlechte Seide gibt bei der Firma Schiller, das hat der Betriebsleiter selbst ausgeführt. Er und die Winderinnen, die das schlechte Zeug verwinden mußten, sind unsere Zeugen.

2) Daß in Kempen 8% und in Elberfeld nur 2-3% Verlust gemacht wurden, stützt ebenfalls unsere Behauptung, denn die Winderinnen in Kempen sind in der Fertigkeit mindestens soweit wie die Elberfelder, sie haben bei der Firma teilweise 10, 16, 18, ja sogar 23 Jahre gearbeitet.

3) Ueber die Lohnhöhe zwischen Elberfeld und Kempen haben wir nichts geschrieben, die übrigen Angaben streiten die Winderinnen ab.

4) Wenn eine Arbeiterin ein wenig Seide von der Krone schnitt (kein Strang), so beweist das ebenfalls, daß die Seide schlecht war; diese Arbeiterin war (nach Aussage des Betriebsleiters) die beste, die die Firma hatte. Uebrigens soll nach den Aussagen der Winderinnen die „Meisterin“ genau so verfahren. Ob die Entlassung zu Recht erfolgte, darüber urteilen wahrscheinlich noch andere Instanzen.

5) Wir haben nirgends behauptet, daß die Firma die Sache dem Arbeitgeberverband angezeigt habe; wenn sie damit, daß sie es nicht getan, die Existenz eines Streiks aus der Welt schaffen will, so wird ihr das nicht gelingen, die Arbeiterinnen erblicken in dem Vorgang einen Streik und — das genügt.

6) Die Ausführungen der Firma, daß eine Wiederannahme der Arbeiterinnen ausgeschlossen ist, reizt uns nicht. Von acht Arbeiterinnen, welche die Arbeit niederlegten, haben sechs schon lange neue lohnende Arbeit, zwei übrigbleibende können jeden Tag welche bekommen. Es geht der Firma wie dem Fuchs, denn die Trauben zu hoch hingen.

Aus unseren Bezirken.

Aus dem XII. Verbandsbezirk.

In der Zeit vom 9. bis 17. März war uns Gelegenheit geboten, das Leben der Textilarbeiterchaft des Bezirks Bamberg-Fulda kennen zu lernen. Es waren teilweise sehr trübe Bilder, die es dort zu sehen gab.

Die Textilindustrie ist hier sehr verbreitet; in einigen Gegenden findet sie sich vielfach als Heimarbeit vor. Bekanntlich ist diese nur selten gut bezahlt, und was im allgemeinen gilt, das trifft in besonderen Maße auf die oberfränkische Hausweberei zu. Ein Beweis, wie vorteilhaft die Unternehmer in dieser Gegend produzieren, liegt schon in dem Wort, das einmal von einem dieser Herren geprägt wurde: „Wenn ich hier noch einige Jahre mit diesem Artikel arbeiten lasse, dann bin ich ein reicher Mann!“ Schon daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß die Arbeitskraft der Textilarbeiter möglichst ausgenutzt wird, und daß die Lohnverhältnisse sehr viel zu wünschen übrig lassen.

Auch die in den Fabriken beschäftigte Textilarbeiterchaft weiß davon zu erzählen. Wenn wir dafür ein Zeugnis erbringen sollen, dann weisen wir auf die Wohnungsverhältnisse der fränkischen Textilarbeiter hin. Diese verfügen meist nur über zwei Räume; oft kommt es vor, daß Familien von 8-10 Personen in einem Zimmer logieren. Wo jedoch auf eine menschenwürdige Wohnung reflektiert wird, da müssen solche Textilarbeiter einen großen Teil ihres Einkommens für die Miete aufwenden; damit wird aber die Lebenshaltung herabgedrückt, Unterernährung — geringe Widerstandsfähigkeit gegenüber Tuberkulose — sind die unausbleiblichen Folgen.

Der unzureichende Verdienst der Arbeiter wird nun vielfach dadurch zu heben versucht, daß Jugendliche und Frauen in die Fabrik gehen. Es ist bezeichnend, daß 1909 in der oberfränkischen Textilindustrie 494 Kinder unter 14 Jahren beschäftigt waren. Die Mitarbeit der verheirateten Frauen ist hier beinahe allgemein. Wie notwendig es ist, daß dem einmal entgegengearbeitet wird, daß die Hausmutter noch einem anderen Beruf angehört, der sie aus dem Familienkreis bringt, soll uns ein Beispiel dartun.

Vor wenigen Wochen ist in Bamberg ein großes Unglück vorgekommen. Die Frau eines Arbeiters sah sich gezwungen, in der Textilindustrie zu arbeiten, um die Familie durch ihre Beiträge ehrlich durchbringen zu helfen. Die drei Kinderchen waren von der Großmutter beaufsichtigt; aber selbst diese

alte Frau mußte noch mitverdienen. Sie hatte einen Zuhelpenplatz für ein paar Stunden des Tages angenommen. Da taun es denn vor, daß, während die Großmutter aus war, aus irgend einer Ursache ein Zimmerbrand entstand und sämtliche drei Kinder, da Hilfe nicht gleich am Platze war, elendiglich erstickten.

Also mußten diese ihr junges Leben lassen, weil die Mutter im Hause fehlte. Es ist leicht einzusehen, daß dieses schreckliche Unglück vermieden worden wäre, wenn der Verdienst des Familienvaters ein ausreichender gewesen wäre! — Dieser bedauerliche Vorfall gab immer wieder Anlaß dazu, der Textilarbeiterchaft nahezu legen, wie notwendig es im Interesse der Familie ist, daß durch unsere Organisation die Arbeits- und Lohnverhältnisse gebessert werden.

Die Versammlungen verteilten sich auf die Orte Reuth b. Forchheim, Bamberg, Gaustadt, Hallstadt, Markt-Redwitz, Forchheim und Zeil a. M.; in Hessen waren wir nach Fulda und Pilgerzell gekommen. In einigen Orten gibt es noch viel zu tun, um die Textilarbeiterchaft geschlossen für die christliche Gewerkschaft zu gewinnen. Doch fehlt es nicht an tüchtigen Mitgliefern, die treu und eifrig mitarbeiten. Das gilt besonders von den dortigen Kolleginnen, die ihre Mitarbeiter an Lebendigkeit und zähen Charakter beinahe überragen. Ein Beweis dafür ist, daß unsere Kolleginnen in den Versammlungen sich auch den Genossen gegenüber zu verteidigen mußten. Es werden in dieser Gegend nämlich besondere Agitationsmethoden seitens der „Freien“ gebraucht. Nebst anderem werden bei Festlichkeiten, z. B. bei Tanz, nur diejenigen Arbeiterinnen von Genossen berücksichtigt, die sich für die „freien“ Gewerkschaften erwärmen lassen. Gegen diese Art wandte sich eine unserer Kolleginnen mit den Worten: „Ihr braucht nicht mehr mit uns zu tanzen, wir wollen gar nicht mehr mit Euch tanzen, wir verzichten darauf!“ Noch selten haben wir es gesehen, daß eine Arbeiterin so resolut ihren Gegnern gegenübertrat. Wir wollen an dieser Stelle nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, wie notwendig es ist, daß allen christlich denkenden Arbeiterinnen Gelegenheit zur Unterhaltung und Erholung auf unserer Seite durch gute konfessionelle Vereine usw. geboten wird. Gar manche Arbeiterin könnte dadurch noch den Lockungen und Schmeicheleien der Genossen entgehen! Wir glauben auch bestimmt, daß nimmerehr in dem Orte Hallstadt, wo uns so interessante Dinge mitgeteilt wurden, schon recht bald ein guter Arbeiterinnenverein gegründet werden kann.

Sehr anregend verlief auch die Versammlung in Zeil a. M. Dafür hatten einige Genossen gesorgt, indem sie durch fortwährendes Geplänkel und ständige Zwischenrufe sich bemerkbar machten, bis die Versammlung einstimmig beschloß, daß die Radaubröder das Lokal zu verlassen hätten. Noch einige Male solche Vorgänge — und die christliche Textilarbeiterchaft Zeil's weiß, daß mit Menschen, wie sie von der Sozialdemokratie erzogen werden, keine Ständearbeit geleistet wird.

Der Verlauf der übrigen Versammlungen gestaltete sich friedlicher, aber dennoch sehr erfolgreich. In Fulda und Pilgerzell waren auch die Metallarbeiterinnen zahlreich erschienen, auch wurden manche ihrer Berufsorganisationen zugeführt. In Markt-Redwitz, wo der gesamte Ausschuß des Arbeiterinnenvereins und viele Mitglieder an der Versammlung teilnahmen, hatten wir ebenfalls schöne Erfolge zu verzeichnen. Besonders bemerkenswert ist noch, daß wir mehrere Kolleginnen dieses Bezirks als opferfreudige, selbstlose Mitarbeiterinnen gewonnen haben, was uns zu der Hoffnung berechtigt, daß immer noch größere Scharen von Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen in unsere Reihen treten.

So soll es sein, damit der Bezirk Bamberg-Fulda wie bisher so auch ferner überzeugte und arbeitsfreudige Kolleginnen in steigender Zahl zur Verfügung hat; dann wird es auch im oberfränkischen Textilbezirk möglich werden, die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verbessern.
Franziska Harder.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Nachen. Ein Festtag des Nachener Bezirkskartells in Stolberg. Der 26. März war für die christlich organisierten Arbeiter Stolbergs, wie des ganzen Nachener Reviers, ein Freuden- und Ehrentag. Morgens 11 Uhr versammelten sich die Vertrauensmänner und Vorstandsmitglieder zu einer sehr zahlreich besuchten Vertrauensmännerversammlung. Kollege Wieber, der Zentralvorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, hielt einen großzügigen Vortrag über den augenblicklichen Stand der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und die Aufgaben der Gewerkschaftsfunktionäre für die Zukunft. Die christlichen Arbeiter, so führte er aus, sind gewachsen. Die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften hat heute die Zahl von 349.000 überschritten. Es besteht also kein Grund, mutlos in die Zukunft zu schauen. Der scheinbar steinige Boden ist am letzten Ende doch nicht steinig. Nur stetige, intensive Kleinarbeit führt zum Ziele. Zwar ist die gegnerische Organisation mit mehr als zwei Millionen Organisierten viel älter; da Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften eins sind, muß in Betracht gezogen werden, daß mehr als drei Millionen Wähler ihre Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben haben. Das ist kein Ruhmesblatt im Zeitalter der Aufklärung für die politische Reife oder auch für die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Erkenntnis.

Die Sozialdemokratie verspricht ein Zukunftsgebilde: alle Gegenwartsarbeit soll Stipphusarbeit sein. Grundsätzlich soll alles Bestehende zerstört werden. Damit ist die ganze gewerkschaftliche Arbeit, welche Gegenwartsarbeit ist, in Frage gestellt. Kein Volk der Gegenwart hat einen solchen wirtschaftlichen Aufschwung genommen, wie das deutsche. Millionen mußten früher auswandern. Heute ist das ganz anders geworden. Auf demselben Grund und Boden können wir heute 65 Millionen ganz anders ernähren als im Jahre 1820 26 Millionen.

Welcher Hader und welche Unzufriedenheit herrscht aber heute? Unsere Arbeiter haben gewiß Grund, für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu streben; aber es ist

etwas anderes, ob man grundsätzlich alles negiert oder ob man bestehende Mängel beseitigen will. Alles kämpft heute gegeneinander, selbst diejenigen, die keinen Grund hätten, über Nacht den Zukunftsstaat zu etablieren. Sie verlangen vieles vom Staate, und zu keiner Zeit hat der Staat soviel für die Gesamtheit des Volkes getan, wie heute. Man denke nur an unser Schulwesen, an das allgemeine, geheime Wahlrecht, an das Rechtsleben des Volkes. All das wird von der sozialdemokratisch verhegten Arbeiterchaft nicht anerkannt. An eine Verelendung der Massen glaubt heute niemand mehr; aber man predigt sie. Der große Kladderadatsch des Jahres 1897 ist harmlos vorübergegangen und die Sozialdemokratie mußte den wichtigsten ihrer Programmpunkte aufgeben. Selbst wenn der Zukunftsstaat geschaffen werden könnte, müßten noch 100 Fragezeichen dahinter gesetzt werden. Daß die Sozialdemokratie tyrannischer zu regieren versteht, als der reaktionärste preussische Minister, das beweist die Gegenwart. In Frankreich verhegt man die Geistlichkeit, aber man denkt nicht daran, den Arbeitern das zu geben, was ihnen das als reaktionär verschrieene Deutschland schon vor 30 Jahren gegeben hat. Die Genossen schwingen sich da zu Ministerposten empor, und dann kommt die ganze sozialdemokratische Charakterlosigkeit zum Ausdruck. Dabei tun unsere deutschen Genossen so, als ob für die ganze Sache nichts anginge. Ob wir in Deutschland nicht ähnliche Elemente finden würden?

Da sagt man, alle Räder stehen still — und wie stehen dieselben Leuten vor den Arbeitgebern? So kommt das Bewußtsein bei dem Arbeitgeber, die Sozialdemokraten sind doch andere Leute, weil er nur untertänige, derartige Leute sieht. Wer so handelt, soll den Mund halten und nicht so tun, als ob er die ganze Welt besser gestalten könnte.

Wir müssen mehr wie jeher in der Agitation grundsätzliche Arbeit leisten. Der christlichen Arbeiterchaft muß klar gemacht werden, daß nicht im Zukunftsstaat das Heil zu suchen ist, sondern daß der Weg, den die Sozialdemokratie zeigt, ins Verderben führt. Dann müssen größere Massen um uns geschart werden. Es ist nicht genug, daß Wahrheit und Recht auf unserer Seite ist. Wahrheit und Recht müssen verteidigt werden. Millionen von Männern und Frauen müssen sich um uns scharen. Mehr Begeisterung, mehr Kampfesmut für unsere Sache! Ist das nicht der Fall, dann werden wir vom Gegner überrannt. In der Zeit des Kampfes ist notwendig Tapferkeit, Mut und Opferbereitschaft. Unsere Fortschritte müssen größer werden. Auf der Gegenseite stehen über zwei Millionen Kämpfer. Die Jugend muß aus den Krallen der Sozialdemokratie herausgerissen werden. Nach ist es Zeit. Wenn wir zu spät aufstehen, sind die besten Früchte weg. Wir haben in den jüngsten Tagen gerade auf diesem Gebiete gearbeitet und es hat Reibungen abgesehen. Wenn wir die Jugend nicht mit dem wirtschaftlichen Kampfe vertraut machen, dann besorgt alles die Sozialdemokratie. Unsere christlichen Frauen müssen mehr in die Kampfesfront eintreten. Sie müssen Anteil nehmen an unseren Bestrebungen. Jeder Einzelne muß sich als Apokalypse unserer Sache betrachten. Jedes einzelne Mitglied muß sich von der Größe seiner Aufgabe durchdrungen fühlen. Eine Kampfesbegeisterung ist notwendig. In diesem Sinne müssen alle wirken, dann wird die christliche Arbeiterbewegung siegen zum Wohle der Gesamtheit und des christlichen Arbeiterstandes.

Die Nachmittagsverhandlungen galten der praktischen Kleinarbeit. Die Tagung schloß mit einem imposanten Volksbildungsabend, zu dem sich nahezu tausend Teilnehmer eingefunden hatten. Der Geschäftsführer der „Nachener Volkszeitung“, Herr M. Roeder, hielt die Festrede über „Organisation und Bildung“. Der 26. März wird allen Teilnehmern dieser Veranstaltung noch lange im Gedächtnis bleiben und sicher auch eine Reihe praktischer Erfolge für die christliche Gewerkschaftsfrage bringen.

Nachen. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß von jetzt ab die Unterstuhlungen nur freitags abends von 7-8 Uhr auf dem Bureau ausgezahlt werden. Die Adresse unserer Vorstehenden lautet: Wilh. Fäßbender, Nachen, Jülicherstr. 148, Kassierer des Bezirkskartells ist Kollege Heinrich Wolff, Poststr. 56 (Metallarbeiter-Bureau). Die Telephon-Nr. unseres Bureau ist jetzt 4383.

Düffeln. Mit Freunden können wir für die Versammlungen, die in der letzten Zeit stattfanden, einen guten Besuch konstatieren. In unserer Versammlung vom 26. März sprach der Vorsitzende die Hoffnung aus, daß es so bleiben möge. Der Vorstand tut das Seine, um einen guten Besuch zu erreichen. Die Versammlungen werden immer recht interessant zu gestalten versucht. So war der Vortrag über den Stand der Arbeiterschutzesegung, der in der genannten Versammlung gehalten wurde, lehrreich und interessant zugleich. Nach Erledigung des Kassenberichtes wurden die Wahlen zum Kartell vorgenommen, nachdem ein Verzicht über die Tätigkeit desselben vorangegangen war. Die Erziehung für die ausscheidenden Mitglieder der Agitationskommission wurden bis zur nächsten Versammlung vertagt.

M.-Gladbach-Beich. Auf unserer letzten außerordentlichen Generalversammlung stand zur Tagesordnung als erster Punkt: Wahl eines neuen Vorstehenden. Die Wahl fiel auf den Kassierer Kollegen Weyer. Als neuer Kassierer wurde der Kollege Heinrich Küppers gewählt. Beide nahmen ihr Amt an. Dann hielt Kollege Müller einen Vortrag: „Rückblick, Stand und Ausichten der christlichen Gewerkschaftsbewegung.“ Dem Redner wurde reichlich Beifall zuteil. Unserm bisherigen Vorstehenden, dem Kollegen Beyer, sei auch an dieser Stelle gedankt für die Dienste, die er unserer Ortsgruppe geleistet hat.

Schießbahn. Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Ortsgruppe hatte der Vorstand die Kollegen und Kolleginnen nebst ihren Angehörigen am 25. März zu einer Versammlung ins Hotel Gerthausen bestellt. Zahlreich waren sie erschienen. Als erster Redner sprach Kollege Defaat aus M.-Gladbach über „die Arbeiterin im Erwerbsleben und die Notwendigkeit der Organisation“. Er erwähnte die anwesenden Eltern, auch die Jugend der Organisation zuzuführen. Bezirksleiter Kollege Beyer sprach sodann über den Werdegang des christlichen Textilarbeiterverbandes im allgemeinen, wie den der Ortsgruppe Schießbahn im besonderen. Angefangen in einer stillen Besprechung von 12-15 Mann, sei man später an die Öffentlichkeit getreten, und heute sei die stätliche Zahl von über 360 Mitgliedern vorhanden. Kämpfe seien der Ortsgruppe nicht erspart geblieben, jedoch seien auch Erfolge zu verzeichnen. Einigkeit und Treue, „Einer für Alle, Alle für Einen“ müsse auch fernerhin die Losung sein. Der Vorsitzende sprach dann kurz über die stets befandete Opferwilligkeit der Mitglieder und hegte den Wunsch, daß auch der Kartellbeitrag von jedem gezahlt würde. Bei dem nun folgenden gemütlichen Teil wechselten Gewerkschaftslieder, humoristische und musikalische Vorträge mit einander ab.

Säckingen. Ueber soziale Tagesfragen für die Arbeiterinnen referierte in der am 26. März stattgefundenen Versammlung Kollegin Garber aus Düsseldorf. In trefflicher Weise widerlegte die Rednerin alle Einwendungen gegen die Organisation. Auch in ideeller Hinsicht wurde durch ihre schönen Worte der Wert unseres Verbandes betont. Der Vortrag fand allgemein recht guten Anklang. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Wiedmann von Brennet, Göttinger und Kollegin Dörflinger. Kollege Wiedmann sprach Worte der Aufmunterung, Kollege Göttinger erwähnte vor allem die Monopolbestrebungen der Sozialdemokraten und drückte die Hoffnung aus, daß die sozialdemokratischen Absichten, durch starkes Anwachsen der christlichen Gewerkschaften durchkreuzt werden. Die Kollegin Dörflinger begte den Wunsch, alle christlich organisierten Arbeiterinnen möchten auch ihrem konfessionellen Standesverein beitreten, damit ein noch besseres Verhältnis zwischen den beiden Organisationen hergestellt würde.

Thiengen. Es geht dem Frühling entgegen. In der Natur zeigt sich neues, junges Leben. In unserer Ortsgruppe herrscht auch Frühlingsstimmung. Wesentlich dazu beigetragen hat die öffentliche Versammlung am 27. März, in der Frl. Garber aus Düsseldorf sprach. Die Rednerin führte uns die verschiedenen Vorgänge auf gewerkschaftlichem Gebiete vor Augen, die für die Interessen der Arbeiterchaft vor der allergrößten Bedeutung sind. Der Vortrag wird uns noch lange in Erinnerung bleiben. Kollege Nimmela hielt auch eine wirksame Ansprache an die Arbeiterinnen, daß sie dem Verbande ohne Verzug beitreten sollten. Kollege Siebold gab dann noch das erfolgreiche Ergebnis der Hausagitation bekannt. Unser Verband hat jetzt im Orte 130 Mitglieder, also eine Zunahme von 50 Mitgliedern. Mit einem begeisterten Schlußwort des Kollegen Siebold fand die in jeder Beziehung schöne Versammlung ihren Abschluß.

Zell i. W. Glänzend besucht war die von unserer Ortsgruppe auf den 30. März einberufene Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung. Der Vorsitzende, Kollege Bollmer, begrüßte die Erschienenen und erteilte dann der Gewerkschaftssekretärin Fanny Garber aus Düsseldorf das Wort. Dieselbe führte uns in ihrem Vortrage in überzeugender Weise die Ziele, den Zweck und die Vorteile der christlichen Gewerkschaften vor Augen und wies zahlenmäßig nach, was der Verband schon geleistet hat. Kollege Kiefer aus Nachrad sprach dann noch in ergänzendem Sinne und forderte die Anwesenden auf, dem Verband beizutreten. Der Erfolg der Versammlung war, daß eine große Anzahl der Verbände angeschlossen, sodaß unsere Ortsgruppe jetzt 140 Mitglieder zählt.

Soziale Rundschau.

Arbeiterwohnungsfürsorge durch die Invalidenversicherung. Gesunde Wohnungsverhältnisse sind von größter Bedeutung für die Erhaltung der Gesundheit und somit der Arbeitsfähigkeit eines Volkes, weshalb auch die Träger der Invalidenversicherung der Arbeiterwohnungsfürsorge großen Wert beilegen. Um auch dem minderbemittelten Arbeiter die Anschaffung eines eigenen Hauses zu ermöglichen, leiht die Invalidenversicherung gegen entsprechende Sicherheit an versicherte Personen zu ganz geringem Zinsfuß größere Kapitalien aus. Bis vor kurzer Zeit wurde eine Verzinsung des geliehenen Geldes mit nur drei oder gar noch weniger Prozent geordert; nach einer neueren Verfügung soll die Verzinsung dreieinhalb vom Hundert betragen. Die für das Jahr 1910 aufgestellten Nachweisungen des Reichsversicherungsamtes lassen erkennen, daß im vergangenen Jahre von den Trägern der Invalidenversicherung für den genannten Zweck folgende Beträge verwendet wurden:

- Zum Bause von Arbeiterfamilienwohnungen 301280659 M.
- Zum Bause von Ledigenheimen (Hospizen, Herbergen, Gefellenhäusern etc.) 18784880 "
- Für d. Arbeiterwohnungsfürsorge überhaupt 320065539 "

„Rheinischer Arbeitsnachweisverband.“ Die Frage einer geregelten und schnellen Vermittlung von Arbeitskräften spielt im heutigen Wirtschaftsleben eine bedeutende Rolle, sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft und im Handwerk. An einzelnen Orten herrscht manchmal Ueberschuß, an anderen dagegen gleichzeitig Mangel an Arbeitskräften. Sie auszugleichen zu wirken, ist vor allem Aufgabe der Arbeitsnachweise. Das ist aber nur möglich, wenn die Nachweise miteinander in engerer Fühlung stehen. Diese ist nun auch für die Rheinprovinz angebahnt durch die Gründung eines Arbeitsnachweisverbandes, die am 21. März ds. Jahres in Köln erfolgte und obigen Titel führen soll. Der Sitz des Verbandes ist in Köln.

In der Gründungsversammlung, die hier besucht war, waren Vertreter der Regierungen, der Kommunen, der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, der Arbeitsnachweise und der Arbeiterorganisationen zugegen. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr von Rheinbaben leitete persönlich die Verhandlungen. Derselbe wies auf die Notwendigkeit eines solchen Verbandes hin, die sich aus dem stark entwickelten Wirtschaftslieben der Rheinprovinz, die 7 Millionen Einwohner zählt, ergebe. Die Provinzen Westfalen und Hessen-Nassau hätten bereits solche Verbände. Ueber den Zweck des Verbandes heißt § 2 der Satzungen: Der Verband besteht aus 35 Mitgliedern mit dem Recht der Zuwahl und setzt sich wie folgt zusammen: 4 Vertreter der Städte, je 3 der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, 7 Vertreter der Arbeitgeber und 8 der Arbeitsnachweise. Von den Arbeitnehmern erhalten die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften je 3, die kirchlich-demokratischen einen Vertreter. Die 3 christlichen Vertreter sind die Kollegen Dedenbach, Köln, Königshoven-Lachen und Koblenz-Düsseldorf. Die sozialdemokratischen stellen je einen Vertreter aus Köln, Elberfeld und Essen; die S.-D. aus Köln.

Den Arbeitsnachweisen der christlichen Gewerkschaften ist anzuraten, sich die Mitgliedschaft beim Rheinischen Arbeitsnachweisverband zu erwerben. Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle desselben, Köln, Badstraße, zu richten.

Zur gest. Beachtung für die Ortsgruppenvorstände.

Fortwährend gehen uns Briefe, Drucksachen und Geschäftspapiere zu, welche nicht genügend frankiert und deshalb mit Straporto belegt sind.

Nach den bestehenden Portosätzen müssen frankiert werden:

Briefe bis zu 20 Gramm Gewicht mit 10 Pfg.,	von 20 " " 250 " " " 20 "
Drucksachen bis zu 50 "Gramm Gewicht" mit 3 Pfg.	" " " 100 " " " 5 "
" " " 250 " " " 10 "	" " " 500 " " " 20 "
" " " 1000 " " " 30 "	Geschäftspapiere bis zu 250 "Gramm Gewicht" mit 10 Pfg.
" " " 500 " " " 20 "	" " " 1000 " " " 30 "

Sendungen, welche als Drucksache oder Geschäftspapiere versandt werden, dürfen nicht verschlossen werden. Eine leicht lösbare Verschmürung oder ein Klammerverschluß ist zulässig.

Quittungsbücher, Mitgliedskarten, Franken- und Arbeitslosenmeldungen, Quittungen und Abmeldebefehle sowie die Vierteljahrsabrechnungen dürfen als Geschäftspapiere, jedoch nicht verschlossen abgeschickt werden. Besondere schriftliche Mitteilungen dürfen diese Sendungen jedoch nicht enthalten.

Verschlossene Sendungen als Drucksache oder Geschäftspapier gelten als Briefe und müssen dann auch nach den Portosätzen für Briefe frankiert werden.

Das höchstzulässige Gewicht für Briefe ist 250 Gramm, für Drucksachen und Geschäftspapiere 1 Kilo = 1000 Gramm. Zur genauen Ermittlung des Gewichtes und Vermeidung von Straportis sowohl für Briefe, wie auch für Drucksachen und Geschäftspapiere, empfiehlt sich für die große Mehrzahl unserer Ortsgruppen die Anschaffung einer entsprechenden Briefwaage. Der weitaus größte Teil der mit Straportis belegten Sendungen entfällt auf solche Sendungen, welche als Drucksachen und Geschäftspapiere bezeichnet, als solche frankiert und dann entweder verschlossen abgehandelt, oder unverschlossen mit der einen oder anderen schriftlichen Mitteilung versehen sind. In beiden Fällen wird die Sendung als Brief betrachtet und ist die für Drucksachen oder Geschäftspapiere vorgesehene Frankierung nicht ausreichend.

Wir richten deshalb an alle Ortsgruppenvorstände die dringende Bitte, bei allen Sendungen die postalischen Bestimmungen über die Frankierung, das Gewicht, die Befügung von schriftlichen Mitteilungen und das Verschließen der einzelnen Sendungen genau zu beachten.

Mit kollegialem Gruß!
Die Geschäftsstelle.

Gewerkschaftssekretär gesucht.

Für das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften in Priesel wird ein Kartellbeamter gesucht. Bewerber müssen mindestens eine zweijährige praktische Tätigkeit in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und gründliche agitatorische und organisatorische Befähigung nachweisen können. Offerten mit selbstgeschriebenen Lebenslauf, nebst Angaben über die Tätigkeit in den Organisationen, sowie ein kurzer Aufsatz über die Aufgaben eines Kartellbeamten sind bis spätestens 1. Mai mit dem Kennzeichen „K. B. 100“ versehen an den Kollegen H. Heimig, Königstraße 190 einzufenden. Die näheren Anstellungsbedingungen werden auf Wunsch mitgeteilt.

Gewerkschaftssekretär gesucht.

Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften in Köln sucht zum baldigen Eintritt einen Sekretär. Es wird nur auf eine durchaus tüchtige Kraft reflektiert, die auch auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung bewandert sein muß. Das Gehalt beträgt anfangs 160 M., steigend bis 200 M. pro Monat. Bewerbungen sind unter Befügung eines selbstgeschriebenen kurzen Lebenslaufes und eines Aufsatzes über: „Die Aufgaben eines Kartellsekretärs“, bis zum 1. Mai zu richten an Peter Dedenbach, Köln, Palmstraße 14.

Briefkasten.

M.-Glabach-Südrup. Wir berichten in dieser Nummer über die Versammlungen gemeinsam. Darum kann Dein Bericht fortbleiben.
„Frühlings-Dichter.“ Anonymes wird von uns nicht angenommen. Es wendet den Weg des Vergänglichen in den Papierkorb.
Berichtigung. In der Notiz „Kirch-Dundersche Kamieren“ in der vorigen Nummer hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Der S.-D. Verband veranlagte nicht 2154, sondern 2455 Mark an Streit- und Ansperrungsunterstützung. Wir wollen dem Verbände das nicht zu lasten im.

Versammlungskalender.

- Altenberg. 23. April, 11 Uhr, bei Hubert Brandt.
- Barmen. 22. April, 8 1/2 Uhr, bei Merlin, Parlamentstr. 1.
- Burgwaldbüchel. 17. April, 11 Uhr, bei Ferdinand Jüfers, Generalversammlung.
- Cuxen. 19. April, 9 Uhr, bei Gebr. Carbin, Generalvers.
- Lörrach. 20. April, 8 Uhr, im „Wilden Mann“.
- Nieukerk. 30. April, 11 Uhr, bei Johann Stimmann, Kleiner Saal oben.
- Sorau i. L. 25. April, 8 Uhr, im Restaurant zum Weinberg.
- Waal (Holland). 23. April, 11 1/2 Uhr, bei Arnold Gillissen.
- Winkrafth. 30. April, nach dem Hochamt, bei Wilhelm Hermans, Generalversammlung.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Franz Ernst in Aachen.
August Kessler in Brombach.
August Schweizer in Mühlhausen i. Els.
Benedikt Welter in M.-Glabach.
Wilhelm Gerling in Werden a. d. Ruhr.
Heinrich Schotes in Rheindahlen.
Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Schillers ersten Eindruck von Goethe schildert ein Brief Schillers an seinen Freund, den Oberkonfistorialrat Christian Gottfried Körner, den die „Zeitung“ diese vorzügliche literarische Zeitung für das deutsche Volk, auf der ersten Seite ihrer sieben erschienenen Nr. 13 abdruckt. Aus dem weiteren, wie immer gelegenen und reichen Inhalt seien hervorgehoben: Johann Jakob Engels launige Schilderung des „Tobias Witt“, „Das Hungerbrötchen“, das aus Johannes-Bravans reizendem Buch: „Aus Natur und Haus“ entnommen ist, Dichtungen von Max Dauthendey, die Eindrücke von einer Weltreise des Dichters entnahmen, Marie Holers feinsinnige „Stimmungen“, Proben aus dem Prämienschreiben „Das Tier in der Dichtkunst“ usw. Die „Schalkzettel“ bringt stets humorvolle Beiträge, die aus der Literatur aller Zeiten und Völker ausgewählt sind. Vielen wird auch der „Wegweiser“ sehr willkommen sein, der über empfehlenswerte neue Bücher immer zuverlässige Auskunft gibt. Keiner, der diese vielseitige und dabei so billige Zeitschrift noch nicht kennt, versäume es, sich von der Geschäftsstelle der „Zeitung“, München, Kindermarkt 10, gratis und franko eine Probenummer kommen zu lassen.

Kritik in der Sozialdemokratie. Von Joseph Joos, Redakteur der „Westf. Arbeiterzeitung“, M.-Glabach, Volksvereinsverlag G. m. b. H., 1911. Preis gebunden 1 Mark.

Inhalt: I. Vom Werden und Wachsen der Sozialdemokratie; II. Sozialismus und Sozialdemokratie; III. Marxistische Lehren: 1. Der historische Materialismus, 2. Die Wertlehre, 3. Zur gesellschaftlichen Entwicklung, 4. „Mit Naturnotwendigkeit“, 5. Das Endziel. — Die deutsche Sozialdemokratie marxistisch; V. Glaube — nicht Wissenschaft; VI. Streit um Marx; VII. Alte oder neue Marxisten? VIII. Der Revisionismus: 1. Gruppen von Revisionisten, 2. Revisionistische Kritik und Forderungen; IX. Revisionismus und Marxismus; X. Muß der Sozialismus kommen oder kann er kommen? XI. Das religiöse Problem in der Sozialdemokratie; XII. Wem wird die Zukunft gehören? Schluß. — Anhang: Organisation und Agitation der sozialdemokratischen Bewegung: 1. Organisationsform; 2. Stand der Organisation; 3. Agitationsfähigkeit; 4. Presse; 5. Agitationszentralen; 6. Die sozialistische Frauenbewegung; 7. Die sozialistische Jugendbewegung; 8. Allgemeine Bildungsbestrebungen; 9. Die Parteischule.
Bestellungen sind an die Buchhandlung des Gesamtverbandes zu richten.

Inhaltsverzeichnis.

Osterfreude! — Artikel: Unsere Gegner und ihre Methode. — Aus der englischen Textilarbeiterbewegung. — Unfälle bei Leistung von häuslichen und anderen Diensten. — Sozialdemokratie und Genossenschaften. — Feuilleton: Frühlingsgrüße. — Er war ein guter, braver Mann. — Aus der Arbeiterbewegung: Welches Material muß bei einer Projektführung am Reichsversicherungsamt beigebracht werden? — Keine gemeinsamen Versammlungen mehr mit den Gegnern! — Jugendbewegung und christliche Gewerkschaft. — Eine neue Heise gegen den christlichen Staats- und Gemeindearbeiterverband. — Sozialdemokratisches Arbeitsmonopol. — Wie wirkt die Arbeitszeit auf das Familienleben ein? — Wandlungen im sozialdemokratischen Lager. — Zeigt das die Neutralität? — Sozialdemokraten als Lariflegner. — Gelbe Rückwärtsentwicklungen. — Terrorismus und Schwindel. — Aus unserer Industrie: Rundschau auf dem Textilmarkt. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Erfenbach. — Fort (Lautsch). — Rempen. — Aus unseren Bezirken: Aus dem XII. Verbandsbezirk. — Berichte aus den Ortsgruppen: Mägen. — Dülten. — M.-Glabach-Beich. — Schiesbahn. — Säckingen. — Thiengen. — Zell i. W. — Soziale Rundschau: Arbeiterwohnungsfürsorge durch die Invalidenversicherung. — Christlicher Arbeitsnachweisverband. — Bekanntmachungen. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Literarisches.